

E) Dringliche Anträge

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Wir haben alle Stücke zur öffentlichen Sitzung vorüber. Wir kommen zu den dringlichen Anträgen. Und ich darf zu allererst Herrn Klubobmann Manfred Eber herausbitten. Rucki-zucki heute.

E.1) Notwendige Maßnahmen zum Straßenbahn-Ausbau

Gemeinderat Klubobmann Eber:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier im Grazer Gemeinderat in den vergangenen Jahren immer wieder die Notwendigkeit des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs, insbesondere des schienengebundenen, festgestellt. Viele Beschlüsse in diesem Bereich wurden einstimmig oder zumindest mit sehr großer Mehrheit gefasst. Für die Linie 8 über den Griesplatz, die ja auch als Entlastung für die Herrengasse dienen soll, wurde bei der Beschlussfassung im Jahr 2011 ein Baustart für das Jahr 2016 in Aussicht gestellt. Heute sehen wir, dass nicht einmal die Planungen dafür richtig in Angriff genommen wurden.

Laut Kleine Zeitung sieht Finanzstadtrat Riegler auf absehbare Zeit hier auch keinen budgetären Spielraum. Auch die Diskussionen in den zuständigen Gremien in den letzten Wochen geben Anlass zu Befürchtungen. Befürchtungen nämlich, dass in den nächsten Jahren der Straßenbahnausbau, der noch nicht einmal begonnen hat eigentlich, zum Stillstand kommt. Weder im städtischen Budget noch im Budget der Holding Graz wurde bislang Vorsorge für den Ausbau in Graz getroffen.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag zur dringlichen Behandlung: Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird aufgefordert, 1. in Absprache mit den zuständigen Stellen und Gremien alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit der Straßenbahnausbau umgesetzt werden kann und 2. unverzüglich Gespräche mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark und des Bundes zu beginnen, um eine Kofinanzierung der bereits im Gemeinderat beschlossenen Straßenbahnprojekte zu erreichen. Ich ersuche um Zustimmung. Es gibt dann auch noch Zusatzanträge von der grünen Fraktion und von der SPÖ und auch diesen stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber, möchte ich gleich dazusagen.

(Applaus)

*Gemeinderat Klubobmann Eber stellt namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden **Antrag zur dringlichen Behandlung** gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates:*

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird aufgefordert, 1. in Absprache mit den zuständigen Stellen und Gremien alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit der Straßenbahnausbau umgesetzt werden kann, 2. unverzüglich Gespräche mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark und des Bundes zu beginnen, um eine Kofinanzierung der bereits im Gemeinderat beschlossenen Straßenbahnprojekte zu erreichen.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Ich übernehme wieder den Vorsitz.

Vorsitzwechsel - Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Wünscht jemand zur Dringlichkeit das Wort? Bitte, Herr Gemeinderat. Dann gleich die Frau Ussner.

Gemeinderat Mag. (FH) Muhr, MSc:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der KPÖ ist nach unserer Meinung sicherlich, hat sicherlich die Dringlichkeit verdient und inhaltlich ist es auch verständlich, dass ohne finanzielle Mittel eine Umsetzung des dringend notwendigen Straßenbahnnetzes oder Ausbaues des Straßenbahnnetzes nicht möglich ist. Alles Gewünschte jetzt auch gleich umzusetzen, ist aber auch ein illusorischer Ansatz. Das kann und wird so auch nicht funktionieren.

Und an dieser Stelle sind Sie, Herr Bürgermeister, und du, liebe Elke, auch gefordert, realistische Alternativen aufzuzeigen und auch Priorisierungen darzulegen, die es im MOKO auch schon gibt. Aufgrund der unterschiedlichen Verteilung von übergeordneter und untergeordneter Verkehrsplanung, ist hier auf jeden Fall ein gemeinsames Vorgehen notwendig und wer hindert die politischen Verantwortlichen, Sie, Herr Bürgermeister, und auch dich liebe Elke, an diesen Angelegenheiten kreativ zu werden und über Alternativen nachzudenken? Aber, und das habe ich auch schon erwähnt, ohne Geld gibt's ka Musi.

Also sehe ich hier natürlich auch dich, lieber Günter, in deiner Funktion als Finanzstadtrat gefordert, alles Mögliche zu unternehmen, damit diese für Graz ganz wichtige Ausbaumaßnahme sukzessive umgesetzt wird. Allein per Medien auszurichten, dass derzeit budgetär nichts mehr geht, ist einfach zu wenig. Eines ist aber sicherlich klar, die Grazerinnen und Grazer interessiert es überhaupt nicht, wer wem welche Aufgaben zuschiebt. Und sie wollen eigentlich Ergebnisse sehen.

Und darum ist es im Sinne des Auftrages unserer Wählerinnen und Wähler, wenn hier ein gemeinsames Vorgehen hinsichtlich geeigneter Alternativen und Aufbringung der finanziellen Mittel gewählt wird. Ein ehemaliger ÖVP-Landespolitiker hat einmal den Spruch getätigt: Geht net, gibt's net. Und den sollten wir vielleicht auch hier wieder in den Vordergrund stellen.

Auf jeden Fall sehen wir die Dringlichkeit dieses Antrages gegeben und inhaltlich bringen wir folgenden **Zusatzantrag - Entschuldigung, jetzt haben ich Ihnen eines zu viel gegeben:**

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, eine realitätsnahe Umsetzung der Prioritätenreihung laut MOKO 2020 betreffend Tram-Ausbau ausarbeiten zu lassen und aufgrund des Umstandes, dass davon auszugehen ist, dass nicht alle Projekte, auch wenn sie notwendig sind, zeitnah und gleichzeitig umgesetzt werden können, parallel dazu Alternativmöglichkeiten zu entwickeln. Zweiter Punkt: Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird aufgefordert, gemeinsam mit Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler mit den zuständigen Stellen von Bund und Land und eventuell auch auf EU-Ebene über Kofinanzierungsmöglichkeiten zu verhandeln. *(leiser Applaus)*

E.1.1) Zusatzantrag der SPÖ zum Dringlichkeitsantrag der KPÖ betreffend Notwendige Maßnahmen zum Straßenbahn-Ausbau

*Namens des SPÖ-Gemeinderatsklub stellt Gemeinderat Mag. (FH) Muhr folgenden **Zusatzantrag:***

- 1. Die zuständigen Stellen werden beauftragt, eine realitätsnahe Umsetzung der Prioritätenreihung laut MOKO 2020 betreffend Tram-Ausbau ausarbeiten zu lassen und - aufgrund des Umstandes, dass davon auszugehen ist, dass nicht alle Projekte, auch wenn sie notwendig sind, zeitnah und gleichzeitig umgesetzt werden können - parallel dazu Alternativmöglichkeiten zu entwickeln.*
- 2. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird aufgefordert, gemeinsam mit Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler mit den zuständigen Stellen von Bund und Land, eventuell auch auf EU-Ebene - über Kofinanzierungsmöglichkeiten zu verhandeln.*

Bürgermeister Mag. Nagl:

So, eine weitere Wortmeldung habe ich und zwar darf ich Frau Gemeinderätin Ussner bitten.

Gemeinderätin Ussner:

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Lieber Herr Bürgermeister! Natürlich finden wir diesen Antrag unterstützenswert, da die Grünen ja bereits seit Jahren versuchen, den Straßenbahnausbau zu forcieren. Was ich jedoch sehr schockierend finde, ist die Verantwortungslosigkeit der Regierungsparteien in der Sache Budgetierung. Liebe FPÖ, bei euch wundert es mich ja eigentlich nicht so, weil ich keine Inhalte von euch kenne außer Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung.

Zwischenruf GR Klubobmann Mag. Sippel: Muss man sich das gefallen lassen? Das ruft nach einem Ordnungsruf.

Großes Raunen aus den Reihen des Gemeinderates.

Zwischenruf Dr. Piffel-Percevic: Das stimmt auch. Das kann ich nur bestätigen.

Gemeinderätin Ussner:

Wie gefestigt ihr in anderen Inhalten seid, hat man spätestens gemerkt...

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Ussner:

...hat man spätestens gemerkt, seit ihr in der Koalition seid. Also was euch angeht, habe ich da eh keine großen Erwartungen. Aber, Herr Bürgermeister, von Ihnen bin ich schon ziemlich enttäuscht, muss ich sagen.

Gemeinderätin Ussner:

Dass Sie nach 14 Jahren in Ihrem Amt Ihre Wahlversprechen nicht einhalten, wundert mich schon sehr. Sie lassen sich im Wahlkampf in der Straßenbahn fotografieren, plakatieren Nachhaltigkeit und Mobilität und dann budgetieren Sie aber keinen Straßenbahnausbau. Ihre jüngste Gemeinderätin, die Anna Hopper, erzählt gestern beim Nachhaltigkeitstag von der Universität Graz, wie sehr sich das Bürgermeisteramt für den öffentlichen Verkehr einsetzt. Also das sehe ich persönlich nicht!

So, nur zur Erinnerung: In Ihrem Regierungsprogramm steht Folgendes drinnen: Eine Erweiterung des Straßenbahnsystems inkl. der Erweiterung der Straßenbahngarnituren erscheint in der kommenden Periode als jedenfalls notwendig. Die Straßenbahnanbindung von Reininghaus und Smart City ist bis 2021 vorgesehen. Die Planung der Innenstadtentflechtung ist weiterhin voranzutreiben. Daneben sollen die Planungen für die Nord-West-Linie beauftragt werden, um Gösting mittelfristig per Straßenbahn zu erschließen.

Dass die Ziele ohne Budget nicht zu erreichen sind, brauche ich Ihnen wohl nicht erklären.

Gemeinderätin Ussner:

Und ich weiß schon, was als Argument kommt. Das Land soll mitzahlen. Wir haben ja kein Geld. Dazu habe ich nämlich auch was zu sagen. Ich weiß nicht, wie oft ich Sie in den letzten Monaten das Wort Verantwortung in den Mund nehmen habe hören.

Zwischenruf Stöckler: Das ist jetzt aber schon oberlehrerhaft.

Gemeinderätin Ussner:

Aber anscheinend gilt das Übernehmen von Verantwortung für alle, außer für die ÖVP. Weil wenn Sie wirklich Ihre sich selbst gesetzten Ziele, wie beispielsweise die Mobilitätsziele der Stadt Graz, ernst nehmen würden, dann wüssten Sie, dass es genug andere Möglichkeiten gibt, als die Verantwortung wieder nur aufs Land abzuschieben.

Zwischenruf Frölich: Was wollen Sie uns jetzt sagen?

Gemeinderätin Ussner:

Ja, ich will sagen: Es gäbe beispielsweise Sonderkredite von der EU aus dem Topf der Europäischen Investitionsbank. Innsbruck hat es ja, bitteschön, auch geschafft, 150 Millionen Euro aufzustellen für den Straßenbahnausbau, obwohl die nicht weit so gravierende Probleme mit der Gesundheit ihrer Bevölkerung haben wie wir. Und wenn die Argumente das Gemeinwohl betreffend bei Ihnen anscheinend allen nicht auf offene Ohren stoßen...

Zwischenruf: Nein, es geht um die Art und Weise.

Gemeinderätin Ussner:

Ja, solange ich vom Herrn Bürgermeister nicht unterbrochen werden, werde ich weiterreden.

Dann möchte ich hier an die Wirtschaftlichkeit erinnern. Jeder Euro, der in Infrastruktur für Fahrradverkehr gesteckt wird, spart 7 Euro, weil die Leute gesünder werden.

Zwischenruf unverständlich.

Gemeinderätin Ussner:

Aber was macht Graz? Investiert in einen Südgürtel und wundert sich dann, dass mehr Infrastruktur für Autos mehr Autoverkehr hervorruft. Da waren ja irrsinnige Blitzgneisser am Start.

Ja, jetzt haben wir also eine feinstaubgeplagte Stadt, ja und keine öffentliche Verbindung nach Reininghaus, keine öffentliche Verbindung nach Straßgang in die neuen Wohngebiete und keine Haltestelle für das Brauquartier in Puntigam. Also das ist nur noch grob fahrlässig. Und ich finde es schwerst unangebracht, die eigene Verantwortung für die falsche Prioritätensetzung an andere weiterzuschieben. Wenn Sie also noch irgendein Gewissen gegenüber der Grazer Bevölkerung haben, dann stimmen Sie zumindest der Dringlichkeit dieses Antrages zu.

So, und jetzt der Zusatzantrag. Weiters wird Finanzstadtrat Dr. Riegler beauftragt, alle Möglichkeiten einer günstigen Kreditaufnahme für den dringend notwendigen Straßenbahnausbau, etwa nach dem Vorbild der Stadt Innsbruck, die 2016 bei der Europäischen Investitionsbank € 150 Millionen aufgenommen hat, zu prüfen und dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im September 2017 einen Informationsbericht vorzulegen. Dankeschön. *(Applaus)*

E.1.2) Zusatzantrag der Grünen zum Dringlichkeitsantrag der KPÖ betreffend Notwendige Maßnahmen zum Straßenbahn-Ausbau

*Namens des grünen Gemeinderatsklubs stellt Gemeinderätin Ussner folgenden **Zusatzantrag**: Weiters wird Finanzstadtrat Dr. Riegler beauftragt, alle Möglichkeiten einer günstigen Kreditaufnahme für den dringend notwendigen Straßenbahnausbau - etwa nach dem Vorbild der Stadt Innsbruck, die 2016 bei der Europäischen Investitionsbank € 150 Mio. aufgenommen hat, zu prüfen und dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im September 2017 einen Informationsbericht vorzulegen.*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich mich auch für die ÖVP zu Wort melden.

Zuerst einmal noch abseits der Straßenbahndiskussion, Frau Gemeinderätin. Dieses rote Licht, wenn es zu blinken beginnt, zeigt, dass Sie noch kurze Zeit haben, um zum Ende zu kommen. Wenn das rote Licht leuchtet, wäre es schon schön, es hat sich der Gemeinderat darauf verständigt, dass wir uns daran halten, brauchen wir nicht immer vom Bürgermeister eine Aufforderung und ich wollte Ihren Wortschwall nicht unterbrechen, aber ich darf Sie vielleicht auch bitten, in der Wortwahl darüber nachzudenken, ob die Art und Weise, wie Sie jetzt da vom Leder gezogen haben, auch wirklich hier im Gemeinderat Standard werden sollte.

Ich möchte jetzt zu ein paar wichtigen Dingen kommen. Das eine ist, und da fange ich vielleicht gleich einmal damit an, dass die Vergesslichkeit vieler oder eigentlich aller Fraktionen, mit Ausnahme der damals noch nicht vorhandenen Neos, hier im Gemeinderat, die möchte ich ein bisschen wieder auffrischen, weil da gibt es eine große Vergesslichkeit. Ich habe es auch mitgebracht als Foto. Da gab es einen wichtigen Termin, den damals alle Regierungsfaktionen gemeinsam in unserem Kunsthaus in der Needle abgehalten haben. Da stand die Martina Schröck und Kollegin Kahr genauso an meiner Seite wie eben die Vertreter der ÖVP, Gerhard Rüschi, aber auch dazugehörig unser Sozialstadtrat und auch Mario Eustacchio und Lisa Rücker. *(Anm.: Bürgermeister Nagl zeigt ein Bild mit vorheriger Stadtregierung)*

Wir haben damals eine gemeinsame Pressekonferenz gemacht, etwas, was es noch nie gegeben hat, weil wir gesagt haben, das was vor uns liegt in den nächsten Jahren, werden wir alleine nicht finanzieren können. Und deswegen brauchen wir die Finanzierungshilfe von Land und Bund und genau nach dieser Geschichte ist jetzt auch unser Finanzreferent, der im Übrigen gerade im Budget verhandeln ist, vorgegangen, und hat all die Wünsche, die die KPÖ-Stadträtin Elke Kahr jetzt auch in einem Kontrollausschuss, der ziemlich turbulent war und der dann auch abgebrochen wurde, weil Kollege Riegler auch zu einem anderen Termin musste, einmal auf den Tisch geknallt bekommen.

Worum geht es in Wahrheit? Und das möchte ich Ihnen schon sagen, weil Sie sind jetzt neu hier, Sie können das vielleicht auch gar nicht wissen. All das, was in den letzten 20 Jahren zum Thema öffentlicher Verkehr passiert ist, und wenn ich zurückgreife bis Erich Edegger noch viel mehr, trägt durchaus sehr stark die Handschrift der Volkspartei, weil ich kann Ihnen sagen, und weil Sie da Innsbruck zitieren mit 150 Millionen Euro, also bei uns allein hat die letzte Straßenbahnanschaffung 100 Millionen Euro gekostet und was wir im Nahverkehrsknoten in den Cityrunner, in die Variobahn, in alle Nahverkehrsknoten, in die Erweiterungen von Straßenbahnen, in die neue Taktverdichtung, in die neuen Busse, in die E-Busse und all das anbelangt, braucht sich niemand Sorgen machen, dass die Volkspartei nicht federführend auch dafür sorgen wird, dass es wieder Verlängerungen geben wird. Sie haben die Agenda gut studiert, was die FPÖ und ÖVP besonders gut freut, und wir haben uns das vorgenommen.

Nur eines kann ich Ihnen auch sagen, es gehört ein politisch anderer Stil her, und das sage ich jetzt vor allem in Richtung KPÖ. Sich hinzusetzen und zu sagen, wir brauchen mehr Wohnungen und dafür kann der Herr Rüschi die Grundstücke auftreiben, er kann für die Finanzierung sorgen, der Herr Nagl soll bitte die Planungen machen und beim Schlüsselübergabe sind wir als Kommunisten dabei, kennen wir schon.

Aber jetzt gibt es eine neue Geschichte, jetzt sind wir für den Verkehr zuständig. Liebe Frau Stadträtin und liebe KPÖ, das ist schon toll, sich hinzusetzen und zu sagen, so her mit der Marie, obwohl man ein paar Monate vorher die Chance gehabt hätte, auch bei Budgetverhandlungen dabei zu sein, eine Regierung nicht in die Luft zu jagen und ich werde euch wöchentlich, monatlich daran erinnern, dass das eure Vorgehensweise ist. *(Applaus)*

Und es wird ein Finanzreferent vielleicht auch gut unterwegs sein, wenn er einmal deutlich macht, dass wir die Gesamtsummen, über die wir da reden, da reden wir weit über 300 Millionen, wahrscheinlich 400 Millionen Euro, was an Wünschen nur da ist, und das wir im übrigen Verkehrsbereich überhaupt noch nicht wirklich nutzen. Die Stadt Graz explodiert nahezu, Graz-Umgebung auch, und wir reden jetzt über Straßenbahnlinien, die in erster Linie den Westen erschließen, was ganz wichtig ist. Verkehrsprobleme sind im Osten, wenn ich sagen darf, viel größer als im Westen. Wir werden dort unheimlich ausbauen und glauben Sie mir, nachdem ich jetzt schon 15 Jahre für den Bahnhof, Smart City und für Reininghaus kämpfe, werden wir dort wunderbar erschließen.

Der Finanzreferent hat ganz klar gemacht, er schreibt jetzt einmal nicht die 100 Millionen gleich hinein, weil er gerne klar machen möchte auf Bundes- und Landesebene, dass es so mit dem Personennahverkehr nicht weitergeht. Und ich habe etwas mitgebracht, damit ich das auch noch einmal in Richtung KPÖ verdeutliche. Wünsche ans Christkind bringen manchen kleinen Kindern etwas, aber in der Politik sollte man anders vorgehen.

Ich habe gerade zwei Briefe am Vormittag um 11.30 Uhr überreicht bekommen vom Herrn Landeshauptmann, weil wir heute den Spatenstich gehabt haben in der Hüttenbrennergasse mit dem tollen Sportprojekt. Einmal bekommen wir € 6.940.000 noch für die Eishalle, einmal bekommen wir jetzt € 3.810.000 Infrastrukturmittel für die Hüttenbrennergasse. Glauben Sie mir das, das haben wir nicht zusammengebracht, weil wir nur innerhalb der ÖVP zum Herrn Landeshauptmann gegangen sind. Weil gerade die Sportmittel auch auf Bundesebene, die kommen, auch überfraktionell da waren.

Und wenn ich eine Verantwortung übernehme oder übertragen bekomme, dann würde ich mir eigentlich erwarten, dass man sehr intensiv, bevor man gleich loslegt und zum Schreien anfängt, einmal sich selbst beim Schopf packt, zu den Verantwortlichen geht und diese Millionen zusammenträgt. Wir haben vorgesorgt, aus FPÖ und aus ÖVP, wir müssen es natürlich auch erst beschließen und Ende des Monats wird es auch, nehme ich an, so weit sein, dass wir allein in einer, wir haben es jetzt Blackbox genannt, 300 Millionen Euro außerordentliche Mittel vorreservieren.

Ich hätte zuerst gerne genaue Planungen für all diese Straßenbahnlinien, die genauen Planungen einmal vorliegen auch in den Ausschüssen, mit den Bürgerinnen und Bürgern, die tatsächlichen Auswirkungen mit Bürgerbeteiligung einfach einmal reden. Liebe Frau Ussner, das liegt alles noch nicht vor. Wir sollen einfach immer hunderte Millionen hineinschreiben, dass dann andere, die die Budgets nicht mittragen, sagen, in der Mittel-Vorausschau heißt es dann schon wieder, wir haben 2 Milliarden Euro Schulden, obwohl wir in den letzten Jahren meistens zwischen 4 und 6 Millionen Euro tatsächliche Neuverschuldung gehabt haben. Wir haben es vorbereitet. Und es wird sein.

Und ich kann mich gut erinnern, wie die Frau Stadträtin Elke Kahr und die KPÖ ganz entsetzt waren, dass der Herr Bürgermeister sich etwas herausnimmt. Stellt euch vor, der ist im Verkehrsbereich für die Stadtbaudirektion zuständig. Weil ich der Elke Kahr auch im ersten Gespräch sofort gesagt habe, dass wird sie allein sowieso nicht schaffen. Das wird weiterhin unser Anliegen sein.

Und wir werden, wenn der Kontrollausschuss jetzt dann einmal fertig tagt, auch ein paar andere Dinge beschließen, die ich mit dem Kollegen Riegler auch vorbereitet habe. Aber es werden in ein paar Jahren wieder alle wissen, dass Bürgermeister Siegfried Nagl in der Hauptverantwortung auch für die Stadtbaudirektion und übergeordnete Verkehrsvorhaben gemeinsam mit dem Kollegen Riegler und ich hoffe, auch mit einigen von euch, wirklich was bewegt haben. Ich brauch mir von niemandem erzählen lassen, dass der öffentliche Verkehr in erster Linie von anderen Fraktionen so großartig mitgetragen wurde.

Wir haben es zusammengebracht, ich könnte da viel aufzählen, sonst bin ich auch zu lang. Deswegen ist diese Geschichte mit einem Dringlichkeitsantrag heute nicht so wichtig, weil das Budget beschließen wir im Juni.

Es gibt in der AOG 300 Millionen Euro Vorsorge in der Blackbox, und ich bin sehr zuversichtlich, wenn sich alle anstrengen und alle mithelfen und auch den Finanzreferenten dabei unterstützen, weil wenn er hineinschreibt, ist alles wieder gezahlt, dann schau ich mir an, ich meine, das wissen sogar Kleinstkinder schon, dass dann von den darüber Geordneten nicht mehr allzu viel kriegst. Und deswegen halte ich das für einen sehr guten Vorschlag, einmal zu sagen, aufmerksam machen.

Ich habe mit dem Bundesfinanzminister ein gutes Gespräch beim Herrn Landeshauptmann gehabt, daran sollten sich auch andere orientieren und wir sind einmal sehr weit gekommen. Ob es jetzt aufgrund der Neuwahlen wirklich funktioniert, weiß ich nicht. Aber der derzeitige Finanzminister hat zumindest gegenüber dem derzeitigen Bundesminister für den öffentlichen Verkehr eines verstanden: Er hat mir gesagt, was ihm überhaupt nicht mehr klar ist, in der Republik Österreich. Wenn ich wo einsteige und mit dem Zug von Graz nach Wien fahre oder umgekehrt, dann muss ich bis zu meinem Endbestimmungsort, zu meinem Zielort kommen und deswegen ist es notwendig, dass die Republik Österreich auch endlich darüber nachdenkt, den ÖPNV, den Nahverkehr, auch in gewissen Großstädten wie Salzburg, Linz und Graz, das sind nämlich die drei Betroffenen, zu fördern.

Der Herr Finanzminister hat einmal jetzt auch gesprochen, dass er sich sowas vorstellen kann, das wird jetzt wahrscheinlich alles so nicht mehr funktionieren, aber mit der neuen Regierung ist mit dem Städtebund, mit dem Gemeindebund, sofort wieder daran zu arbeiten, wir werden das niemals allein finanzieren können, was in unseren Köpfen an Träumen da ist, und wir werden noch viel mehr brauchen als nur ein paar Straßenbahnverlängerungen oder Mittelteile. Wir werden in puncto Verkehrspolitik, und da hoffe ich und zähle ich sehr auf Elke Kahr, noch viele, viele Maßnahmen und Dinge brauchen, um diese gewaltige Verkehrs lawine...

Ich habe mit einem Mitarbeiter gesprochen, der sich gut auskennt, der hat gemeint, wir haben in Graz jetzt wahrscheinlich schon in etwa 500.000 Autoverkehrsbewegungen pro Tag. Da wird es noch ganz andere Entscheidungen hier im Gemeinderat brauchen und die Hysterie kurz vor einem Budget verstehe ich gar nicht. Es hätten ja manche Gelegenheit gehabt, wie gesagt, auch eines mitzutragen. Deswegen nicht dringlich. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

So, jetzt kommen wir zur Abstimmung. Nein, zuerst gibt es ein Schlusswort für den Antragsteller.

Gemeinderat Klubobmann Eber:

Die FPÖ hat jetzt nicht gesagt, ob ihr zustimmt der Dringlichkeit. Aber ich gehe davon aus, dass nicht. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es gibt da oder gäbe da natürlich jetzt auch wiederum sehr viel zu sagen bei dem Konvolut, mit dem Sie uns jetzt da konfrontiert haben. Womit beginnen? Vielleicht mit dem Thema Wohnen, weil Sie das auch angesprochen haben. Selbstverständlich war es in der Vergangenheit so, in den letzten ein, zwei Perioden auf alle Fälle, dass es da eine durchaus sehr gute Zusammenarbeit auch gegeben hat mit dem Finanzreferenten, mit dem Dr. Rüschi.

Und es hat da die Planung natürlich nicht nur alleine das Stadtplanungsamt immer gemacht, das war natürlich dann vor allem sehr stark involviert, wenn es um die Bebauungsplanung gegangen ist oder dort, wo es Bebauungsplan-Pflicht gegeben hat, wo es Wettbewerbe gegeben hat auch, aber es ist natürlich auch an anderer Stelle etwas passiert. Und die Aufregung, dass dann die Frau Kahr die Schlüsselübergabe, sozusagen das Positive, macht, ist eigentlich auch unbegründet, denn meines Wissens waren Sie eigentlich zu allen diesen Schlüsselübergaben eingeladen, gekommen sind Sie nicht. Also, das kann man dann der KPÖ wohl schwer vorwerfen. *(Applaus)*

Sie haben auch angesprochen diese gemeinsame Pressekonferenz und die haben wir natürlich auch nicht vergessen, sondern im Gegenteil. Also diese Pressekonferenz, dass da endlich einmal ein sichtbares Zeichen geschieht, dass wirklich alle Grazer Fraktionen hier im Gemeinderat an einem Strang ziehen und einfordern, dass Bund und Land den öffentlichen Personennahverkehr in Graz mitfinanzieren sollen und müssen, geht auch auf unsere Initiative zurück.

Das Problem dabei war vielleicht dann, dass es diese Pressekonferenz gegeben hat, diese gemeinsame, dass dem aber keine weiteren gemeinsamen Taten gefolgt sind. Um bei dem Thema zu bleiben, Bund und Land mitfinanzieren, Co-Finanzierung. Das Problem ist halt ein bisschen – wie heißt es, ich bin so schlecht in Sprichwörtern – es beißt sich der Hund in den Schwanz oder so. Einerseits ist es so oder umgekehrt.

Nein, ich lass das mit Sprichwörtern. Tatsache ist jedenfalls, der Finanzstad Riegler sagt, er will jetzt da kein Geld hineinstellen ins Budget, weil wenn er das macht, dann werden Bund und Land sicher nichts bezahlen. Bund und Land werden natürlich sagen, naja, wenn nicht einmal ihr da Geld reinstellt, dann sind wir uns nicht so sicher, wie ernst ihr das überhaupt meint mit dem Straßenbahnausbau und werden sich da auch eher zurückhaltend geben. Tatsache ist in dem Zusammenhang auch, es hat ja bereits ein Gespräch gegeben von der Frau Kahr mit dem Landesrat Schickhofer. Es sind auch weitere Gespräche mit dem zuständigen Verkehrslandesrat geplant. Wir können nur hoffen natürlich, dass auch von Ihrer Seite entsprechende Gespräche mit Bund, Land, EU am besten auch noch, geführt werden.

Kann alles nicht schaden, aber worum es letztlich geht, es geht um die Finanzierung von Straßenbahnausbauten und es geht nicht nur um diese Großprojekte, die da jetzt auch in meinem Antrag auch konkret drinnen sind, um den Ausbau Reininghaus Smart City, Linie 8 usw., sondern es geht auch um „kleinere Sachen“ unter Anführungszeichen, die aber nichtsdestotrotz mindestens genauso wichtig sind. Brauquartier Puntigam ist heute ja schon angesprochen worden oder auch der, zumindest streckenweise, zweigleisige Ausbau der Linie 1 nach Mariatrost, der in Summe nicht einmal etwas kosten würde letztlich, weil man sich dadurch eine Straßenbahngarnitur im Umlauf einsparen könnte. Also selbst dafür ist ja, bislang zumindest, kein Geld eingestellt.

Was diese berühmte Blackbox anbelangt, da bin ich ja noch am Grübeln, was das jetzt schon werden soll, da muss ich mich erst schlau machen bei Ihnen, wie das funktionieren soll. Ich kann nur hoffen, dass da aus dieser Blackbox dann halt auch einmal irgendwas herauskommt, und sichtbar irgendwo eingestellt werden kann. Nichtsdestotrotz, ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag bzw. zunächst einmal zur Dringlichkeit. Dankeschön.

(Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Nachdem fast eine Milliarde Euro an Wünschen angemeldet worden sind, hat man zwei Möglichkeiten, man kann entweder gleich alles reinschreiben, dann kann aber der Herr Finanzstadtrat sich auch gleich wieder verabschieden, weil das wäre keine Vorgehensweise, die seiner Funktion eigentlich entsprechen würde. Aus dem Grund gibt es ein bisschen eine neue Vorgangsweise und das heißt, wenn Anträge gut vorbereitet sind, wenn sie durch die jeweiligen Gremien gehen, da geht es auch noch um einen Kontrollausschuss. Gegen die Mariatroster Linienveränderung wird niemand was haben, werden wir aus diesem Geld, das es in dieser Blackbox gibt, dann auch laufend in den nächsten eineinhalb/zwei Jahren Projekte beschließen können. So, aber das muss man im Gemeinderat machen und wir haben noch im Juni den Budget-Gemeinderat und das möchte ich da auch noch einmal anmerken. Gut, jetzt stimmen wir zuerst über die Dringlichkeit ab. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist für heute abgelehnt.

Die Dringlichkeit wurde gegen die Stimmen der KPÖ, Grünen, SPÖ, und Neos abgelehnt.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ich darf zum nächsten dringlichen Antrag kommen. Frau Gemeinderätin Mag.^a Uli Taberhofer wird ihn stellen: Beibehaltung und Sicherstellung der beschlossenen Leistungen der Sozialcard sowie Prüfung einer möglichen Ausweitung der Leistungen.

E.2) Beibehaltung und Sicherstellung der im Jahr 2012 beschlossenen Leistungen der SozialCard sowie Prüfung einer möglichen Ausweitung der Leistungen

Gemeinderätin Mag.^a Taberhofer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Im Oktober 2012 wurde in Graz die SozialCard eingeführt und damit wurde eine über viele Jahre von der KPÖ geforderte Maßnahme zur sozialen Unterstützung jener Teile der Bevölkerung realisiert, die aufgrund ihres geringen Einkommens unter wirtschaftlich schwierigen Umständen leben müssen und damit Gefahr laufen, gesellschaftlich isoliert zu werden.

Und in diesem ersten wichtigen Schritt wurden eben Leistungen, wie die ermäßigte Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel im Rahmen der SozialCard-Mobilität, der Heizkostenzuschuss, die Schulaktion und die Weihnachtsbeihilfenaktion des Grazer Sozialamtes, die Teilnahme an der „Team Österreich Tafel“ sowie an der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ in das Leistungspaket aufgenommen.

Und für uns als KPÖ war und ist es jedoch immer Ziel, weitere Leistungen, die gerade für Grazerinnen und Grazer mit geringem Einkommen von besonderer Bedeutung wären, als zusätzliche Angebote der SozialCard zu berücksichtigen.

Aber leider ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Ausweitungen der Leistungen oder der anspruchsberechtigten Personen in Diskussion, sondern im Gegenteil, Leistungen wie die Weihnachtsbeihilfe oder der Heizkostenzuschuss sollen auf Perspektive eingeschränkt oder wieder extra beantragt werden müssen.

Geld und Leistungen eben bei den Menschen zu kürzen, die an und unter der Armutsgrenze leben und deren gesellschaftliche Teilhabe bereits jetzt immer weniger gegeben ist, ist aber Sparen auf Kosten der Ärmsten und es ist die falsche Herangehensweise, um sicherzustellen, dass das Sozialsystem auch künftig finanzierbar sein soll.

Und aktuell haben 10.422 Personen in Graz eine SozialCard und ein weiterer Anstieg der Anspruchsberechtigten ist aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und wachsender Armut zu erwarten, wenn nicht z.B. mehr Arbeitsplätze und ein gesetzlicher Mindestlohn als strukturelle Maßnahmen umgesetzt werden. Denn das ist die einzige Lösung, dass die Menschen mit ihrem Einkommen auskommen und ein menschenwürdiges Leben führen können. Die finanzielle Absicherung der SozialCard ist eine wichtige kommunale Aufgabe und muss auch künftig für alle Anspruchsberechtigten gewährleistet sein.

Und deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag zur dringlichen Behandlung: 1. Die Stadt Graz bekennt sich zur Beibehaltung der derzeit geltenden Leistungen im Rahmen der im Jahr 2012 beschlossenen SozialCard. 2. Darüber hinaus werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragt zu prüfen, in welchen Bereichen und in welchem Umfang eine Ausweitung der SozialCard-Leistungen vorstellbar ist und realisiert werden kann. Ich hoffe auf eine Zustimmung. *(Applaus)*

*Gemeinderätin Mag.^a Taberhofer stellt daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden **Antrag zur dringlichen Behandlung** (gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):*

- 1. Die Stadt Graz bekennt sich zur Beibehaltung der derzeit geltenden Leistungen im Rahmen der im Jahr 2012 beschlossenen SozialCard.*
- 2. Darüber hinaus werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragt zu prüfen, in welchen Bereichen und in welchem Umfang eine Ausweitung der SozialCard-Leistungen vorstellbar ist und realisiert werden kann.*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Wünscht jemand zur Dringlichkeit das Wort? Bitte, Gemeinderat Ehmann.

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Geschätzter Herr Bürgermeister! Geschätzte Stadtregierungsmitglieder, Kolleginnen/Kollegen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Damen und Herren auf der Galerie! Die Wichtigkeit der SozialCard haben wir demnach bei der letzten Gemeinderatssitzung schon als Anfrage gestellt und zwar deshalb, weil eine Änderung der Leistungen oder der Leistungsabwicklung ja schlussendlich dann in einer Ausschusssitzung behandelt werden wird und dort Vorbehalte und so weiter oder Änderungswünsche eingebracht werden können und behandelt werden und daher haben wir damals das Anfrageinstrument gewählt.

Der Dringliche selbst, ja, wir werden dem Dringlichen zustimmen, weil es uns um das Thema geht, wobei der Dringliche in der Ausführung ein bisschen holprig ist für mich, weil wenn ich schreibe derzeit geltende Leistungen, dass wir die beibehalten sollen, dass die Leistungen nicht beibehalten werden, ich will jetzt nicht dem Sozialstadtrat da zu Hilfe eilen, weil das kann er selber auch machen, das ist nicht meine Aufgabe. Aber ich möchte es nur anmerken. Die derzeit geltenden Leistungen sind ja nicht quasi im Raum gestanden, einer Änderung zu obliegen, sondern die Abwicklung der Leistung. Und die Abwicklung der Leistung, so wie sie kolportiert wurde im Vorfeld, ist für uns durchaus eine Hürde bzw. würde aus unserer Sicht in einer Art Bittstellerei enden.

Wobei bei der Anfragebeantwortung das letzte Mal ja herausgekommen ist, dass es darum geht, quasi den Antrag zu stellen oder eine Antragsmöglichkeit zu haben, und dann durch ein Auswahlverfahren der Anspruch der Leistungen ausgeführt wird und dann wieder rückgesendet wird ans Amt, das das wieder prüft. Und dann in weiterer Folge zustimmt oder nicht bzw. die Leistung entsprechend vorsieht.

Das glauben wir, dass das insofern nicht zielführend ist, weil wenn ich jemanden schicke, wollen Sie das, wollen Sie das, wollen Sie das, Sie wären anspruchsberechtigt, ja no na, was wird einer machen? Alles ausfüllen, eh klar, zum einen. Und zum Zweiten hat es auch noch die Problematik der Finanzierung, weil wir glauben, dass das einen Mehraufwand im Verwaltungsbereich bedeuten würde, denn die Anträge, die zurückkommen, müssen ja behandelt werden und daher war für uns die automatisierte Überweisung zielführender, also auch in der Finanzierung, neben dem menschlichen Zugang, neben der sozialen Komponente. Aber daher werden wir diesem zustimmen.

Und dann, wenn natürlich auch kommt online, dass es dann ja auch eine Möglichkeit geben wird, online das zu machen, ja, aber gerade Seniorinnen/Senioren haben nicht immer die Möglichkeit, online darauf zuzugreifen oder sind in der Lage, das online abwickeln zu können, zumindest dann nicht alleine. Und daher ist das mit der Online-Variante natürlich auch nur eingeschränkt sinnvoll. Insofern aber werden wir trotzdem, weil es uns um den Antrag selbst geht, der Dringlichkeit zustimmen.

Möchte nur noch hinweisen, dass die SozialCard eben von der Sozialdemokratie eingeführt wurde. Danke. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ich darf Frau Gemeinderätin Bedrana Ribo bitten.

Gemeinderätin Ribo, MA:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen! Liebe Gäste! Liebe Uli, danke dir für den Antrag. Das wird dich nicht überraschen, dass wir auch natürlich der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen werden. Meine Kollegin Manuela Wutte hat ja bereits in der vorigen Sitzung sowohl wie der Herr Ehmann, also wie der Michael, diesen wichtigen Bereich ja bereits thematisiert und es wurde ja auch von Seiten des Sozialstadtrates, es gab ein Zugeständnis, dass eben evaluiert wird, dass es ausgewertet wird und dass diese Änderungen ausgewertet werden und wir werden natürlich ein genaues Auge darauf werfen, weil uns dieses Thema, das habe ich, glaube ich, eh mehrmals schon gesagt, mir persönlich sehr am Herzen liegt, aber auch meiner Fraktion.

Es ist wirklich so, dass die letzten Berichterstattungen, also in den letzten Wochen, doch sehr besorgniserregend waren. Wie das jetzt wirklich sich weiterentwickeln wird, das wird die Zeit zeigen. Es wurde auch immer wieder von Reformen gesprochen. Reformen im Sozialbereich, im Sozialamt, Reformen ja, schön und gut, man muss aber auch sich fragen, was bringen diese Reformen, was werden diese Reformen für die Menschen heißen? Heißt es dann, dass die Zugänge zu den Leistungen, die den Menschen ja rechtlich zustehen, schneller werden, dass sie erleichtert werden oder werden diesen Menschen wirklich Barrieren in den Weg gestellt?

Wie gesagt, ich möchte jetzt nichts vorwegnehmen, also wir werden uns einfach das im Laufe der Zeit anschauen. Ich arbeite selber im Sozialbereich und ich weiß, dass es jetzt schon so ist, dass viele bürokratische Hürden noch immer vorhanden sind und die Menschen, die es eh vom Leben schwer genug haben, also sollten einfach in dem Bereich schon unterstützt werden und da hoffe ich sehr, dass der Sozialstadtrat eben das auch so, wie letzte Gemeinderatssitzung versprochen, auch machen wird. Und wie gesagt, wir werden das beobachten und stimmen zu. Danke. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Als Nächste hat sich zu Wort gemeldet Frau Claudia Schönbacher und dann der Herr Stadtrat Kurt Hohensinner.

Gemeinderätin Schönbacher:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Zuerst möchte ich einmal bemerken, dass wir auf jeden Fall für sozialen Frieden sind und dass wir auch Maßnahmen unterstützen für Armutsprävention. Und was wir bestimmt nicht haben wollen, sind Barrieren. Aber wir sind für Treffsicherheit und für wirkungsorientierte Leistungen und wir haben jedes Jahr versucht aufzuzeigen, dass eben genau beim Beispiel Weihnachtsbeihilfe unserer Meinung nach die Treff- und Wirkungssicherheit nicht immer gegeben ist, und deshalb sind wir froh, dass die zuständigen Ämter dieses Thema Leistungen der SozialCard aufnehmen und auch den Zugang dazu und wir hoffen, dass die Treffsicherheit und Wirkungsorientierung dann gegeben ist und wir sind uns sicher, dass die positiven Ergebnisse uns bald präsentiert werden und stimmen daher der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zu. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Ja, sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich verstehe deinen dringlichen Antrag heute nicht wirklich, weil ich in der letzten Gemeinderatssitzung bei zwei Fragen ausführlichst geantwortet habe. Der Michi Ehmman hat das eh ausgeführt. Deswegen kann ich deine Fragen heute schon beantworten. Punkt 1: Geltende Leistungen werden nicht beschnitten. Punkt 2: Die Ausweitung der SozialCard, die betreibe ich auch. Einen Punkt habe ich ja in der letzten Sitzung schon beschrieben, da geht es darum, dass wir auch Kindern von Sozialkarten-Inhabern einen günstigeren Zugang zu den Grazer Sportvereinen ermöglichen wollen, da sind wir drauf und dran, das wird auch funktionieren und wir prüfen auch andere Angebote. Das heißt, deine zwei Anliegen setze ich bereits um, deswegen werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen.

Ich möchte nur sagen, es bringt auch ein Stück weit Verunsicherung, wenn ihr uns unterstellt, dass wir einen Sozialabbau betreiben. Ich möchte sagen, wir möchten einen Sozialumbau-, und –ausbau. Wir machen die SozialCard modern und ich lade euch ein, diesen Weg mitzugehen. Wir werden unter anderem, das hat die Vorrednerin auch schon gesagt, die Treffsicherheit erhöhen, deswegen werden wir auch eine getrennte Beantragung erwirken, weil derzeit ist es so, dass die Leute ungefragt das Geld automatisch überwiesen bekommen.

Ich finde, dass es nicht zu viel verlangt ist, dass die Leute das ganz niederschwellig beantragen müssen, das werden wir anbieten. Ich hoffe, dass das funktioniert, nicht mehr nur über das Sozialamt, sondern wir werden auch die Servicestellen miteinbeziehen. Die waren schon im Grundsatzbeschluss seinerzeit mit dabei, dass die Servicestellen hier mitmachen und wir werden eine Online-Variante anbieten, das heißt, das, was du jetzt gehört hast, da wirst du mir zustimmen, das ist auch eine Ausweitung eigentlich der SozialCard und wenn du Ideen hast an Leistungen, die wir hier noch zusätzlich miteinbeziehen sollen, bitte einfach bei mir anrufen und ich werde jede Idee prüfen. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Antragstellerin zum Schlusswort.

Gemeinderätin Mag.^a Taberhofer:

Für mich ist die geplante Vorgangsweise, eben diese beiden Bereiche extra beantragen zu lassen, nicht nur eine Verwaltungsvereinfachung oder ist in diese Richtung problematisch, sondern wir haben lange Jahre deshalb gefordert, dass es einen unbürokratischen ganz einfachen Zugang für Leistungen gibt, weil es einfach Menschen gibt, die sich schämen, die nicht irgendwie zum Amt gehen oder denen teilweise auch die Information fehlt. Das war die ursprüngliche Herangehensweise und der Plan vermittelt über die SozialCard, Zugang zu bestimmten Bereichen niederschwellig auch zu ermöglichen.

Und es ist für mich letztendlich sehr wohl eine Leistungskürzung, wenn ich jetzt sage: Nein, das sollen sie extra beantragen, weil man eben weiß, dass das viele nicht können und das nicht machen werden. Aus meiner Sicht gibt es noch einiges zu diskutieren, was man leistungsmäßig erweitern kann, wohl ich natürlich das mitbekommen habe bei der letzten Gemeinderatssitzung, dass im Sportbereich für Kinder und Jugendliche schon einiges geplant ist, aber ich denke, man kann sich zusammensetzen und noch weiter überlegen und das Allerwichtigste ist für mich die Sicherstellung der Finanzierung und auch da muss man darüber nachdenken. Weil indem ich irgendwie Anspruchsberechtigte kürze und ein bisschen einspare, werde ich das nicht wettmachen können, was zu befürchten ist, dass es mehr geben wird, die den Bedarf dann auch haben und wir sind als Stadt verpflichtet, das auch zu tun. Ja und deshalb finde ich es schade, dass die Dringlichkeit keine mehrheitliche Zustimmung findet. Wir werden aber hartnäckig bleiben, dafür sind wir ja durchaus auch bekannt. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Wir stimmen über die Dringlichkeit ab. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist nicht gegeben.

Die Dringlichkeit wurde gegen die Stimmen KPÖ und Grüne abgelehnt.

E.3) Badeordnung in den Grazer Bädern – Präzisierung der Bekleidungsvorschriften

Bürgermeister Mag. Nagl:

Der nächste dringliche Antrag wird eingebracht von Klubobmann Mag. Armin Sippel. Ich darf den Vorsitz auch wieder übergeben.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Klubobmann Mag. Armin Sippel:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter! Hoher Gemeinderat! Also bei der Wortmeldung von vorher von der grünen Kollegin, also da versteht man, dass jetzt auch noch der letzte vernünftige Grüne, nämlich der Efgani Dönmez, die Partei verlassen hat. Ich wünsche ihm von dieser Stelle aus herzliche Gratulation zu dieser Entscheidung und alles Gute.

In meinem dringlichen Antrag geht es um die Badeordnung in den Grazer Bädern und eine Präzisierung derselben. Wir stehen ja vor dem Beginn der Badesaison und ich möchte hier anknüpfen an einer österreichweiten Kampagne der freiheitlichen Partei, die wir als Grazer FPÖ sehr gerne unterstützen, wenn es darum geht, auch die Kleidungsvorschriften zu präzisieren. Das ist natürlich bedingt durch den starken Zuzug, vor allem aus muslimischen Ländern, der letzten Wochen, Monate und Jahre. Und wir können davon ausgehen, dass in Zukunft noch viel Burkini-Trägerinnen die städtischen Bäder aufsuchen werden.

Einige Bäder haben schon reagiert in ihren jeweiligen Badeordnungen und hier eingefordert, dass es nur mehr ortsübliche Badebekleidung geben soll, das hat mehrere Gründe.

Ein wichtiger Grund ist auch die Hygiene. Weil, wie soll man mit einem Burkini, da reden wir von so einem zweiteiligen Badeanzug, wo nur das Gesicht, die Hände und die Füße frei sind, wie soll man sich da beispielsweise vorm Badegangehen duschen? Oder wenn es darum geht, dass das natürlich nicht dem ortsüblichen Charakter entspricht, dann ist es auch so, dass sich da verständlicher Weise viele Badegäste auch gestört fühlen.

Und jetzt kann man sagen, es reicht uns aus, was in der Grazer Badeordnung steht, nämlich, dass es nicht erlaubt ist, beispielsweise mit Straßenkleidung oder mit Unterwäsche baden zu gehen, aber wir sehen da durchaus noch einen Präziserungsbedarf, dass man eben hier ergänzt und sagt, dass es eben auch ortsüblich sein soll, und dass hier Burkinis in unseren Bädern nicht erwünscht sind. Es passt im Übrigen auch sehr, sehr gut zum Gesetz, das jetzt am 01. Juli des Jahres kommen soll, wo ja ein Vollverschleierungsverbot im öffentlichen Raum in Kraft tritt.

Ich glaube, wir haben es uns in Europa und auch in Österreich erkämpft, dass die Frauen freizügiger, auch in den Bädern, baden gehen können, das hat lange Jahre gebraucht. Vor hundert Jahren war das beispielsweise noch nicht selbstverständlich. Das wäre jetzt, wenn man das so zulässt, wieder ein historischer Rückschritt und man sollte nicht vergessen, dass hier auch ein Frauenbild letztlich verbreitet wird, weil keine Frau, das kann ich mir nicht vorstellen, dass man freiwillig auch mit so einem Burkini baden geht, keine Frau macht das freiwillig. Ich glaube, man sollte hier nicht dazu beitragen, dass hier ein Frauenbild verbreitet wird, das mit den Prinzipien unserer Gesellschaft nicht vereinbar ist. *(Applaus)*

Deshalb stelle ich folgenden dringlichen Antrag: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz treten an die Holding Graz Freizeit mit dem Ziel heran, die Badeordnung für die Grazer Bäder dahingehend zu präzisieren, dass das Tragen von Ganzkörperbekleidung vor allem aus hygienischen Gründen nicht gestattet ist. Ich bitte um Annahme. *(Applaus)*

*Seitens des Gemeinderates Mag. Armin Sippel ergeht namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender **dringlicher Antrag** gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:*

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz treten an die Holding Graz Freizeit mit dem Ziel heran, die Badeordnung für die Grazer Bäder dahingehend zu präzisieren, dass das Tragen von Ganzkörperbekleidung vor allem aus hygienischen Gründen nicht gestattet ist.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es Wortmeldungen? Frau Professor, bitte.

Gemeinderätin Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kopera, MBA, Med:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Hohe Stadtregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Geschätzte Gäste! Ich glaube, wir sollten in dem Zusammenhang auf der Sachebene bleiben und vielleicht, wenn man etwas über den Tellerrand hinausschaut und nach Australien oder Neuseeland geht, dann ist man konfrontiert mit Bade- oder Wassersportbekleidung, die langärmelig bis über die Handrücken geht und auch lange Beine hat und das ganz einfach aus dem Grund Sonnenschutz. Weil UV-Schutz nicht nur vor Hautalterung vorbeugt, sondern auch vor der Entstehung von Hautkrebs. So gesehen kann ich als Dermatologin langärmelige Badebekleidung nur befürworten. *(Applaus)*

Wenn man jetzt auf den dringlichen Antrag zurückkommen, dann muss man dazu sagen, nach Rücksprache mit den Freizeitbetrieben der Holding Graz hat es im letzten Jahr genau 20 Personen betroffen, ist also nicht wirklich eine große Anzahl und wenn man sich wiederum die UV-Badebekleidung anschaut, dann ist die gemacht aus Elasthan, Neopren, Nylon, Lycra, Polyamid und derartigen Materialien und wenn man dann nachschaut, aus was die Burkinis sind, dann sind es genau diese Materialien.

unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kopera, MBA, Med:

Wenn man die Badeordnung der Freizeitbetriebe der Holding Graz anschaut, dann steht als erster Punkt unter Hygiene: Aufenthalt im Nassbereich der Bäder ist nur in üblicher Badebekleidung (keine Straßenkleidung oder Unterwäsche) gestattet. Wenn man das auf das Material bezieht, dann sind die Burkinis aus dem ganz gleichen Material wie eben Badebekleidung ist und aus diesem Grund sehen wir, weil es wenige Personen betrifft und weil es ohnehin in der Badeordnung verankert ist, keine Dringlichkeit und werden nicht zustimmen. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Frau Gemeinderätin Wutte.

Zwischenruf unverständlich.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich festhalten, dass das von der FPÖ geforderte Burkini-Verbot in Grazer Bädern ganz klar den Menschenrechten widerspricht. Erst letztes Jahr wurde deswegen auch das in Frankreich an einigen Stränden eingeführte Burkini-Verbot wieder gekippt. In der Menschenrechtsstadt Graz sollte deswegen eine Forderung nach Burkini-Verbot nicht einmal in Erwägung gezogen werden. Dass wir heute trotzdem hier stehen und über dieses Thema diskutieren müssen, zeigt, wie absurd fixiert ihr von der FPÖ mittlerweile auf alle Themen, die ihr irgendwie mit Migration verknüpfen könnt, seid. Und ich bin auch immer wieder überrascht, wie gerade ihr auf einmal die Frauenrechte für euch entdeckt habt. *(Applaus)*

Zwischenrufe unverständlich.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Ich frage mich ganz ehrlich, ob ich noch erleben werde, dass ihr von der FPÖ ein anderes Thema im Gemeinderat einbringen werdet bzw. welche anderen Positionen ihr überhaupt habt. Das Thema, das ihr euch heut ausgesucht habt, hätte aber, wenn ihr es nicht so ernst meinen würdet, geradezu komödiantischen Wert. Ein Burkini sei unhygienisch, sagt ihr, weil nicht zweifelsfrei festgestellt werden könne, ob eine Frau darunter Unterwäsche trage. Folgerichtig sind aber auch alle weiten Männerbadehosen unhygienisch und müssen verboten werden, weil man ja darunter auch unbemerkt eine Unterhose tragen könnte. *(Applaus)*

Unverständlicher Zwischenruf.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Der weniger lustige Sub-Text eures Antrages impliziert, dass ihr bei muslimischen Menschen scheinbar grundsätzlich davon ausgeht, sie seien irgendwie unhygienisch. Und bevor jetzt wieder der oft an uns Grüne gerichtete Vorwurf kommt, wir seien zu naiv, was Migration und patriarchale Gesellschaftsstrukturen betrifft, möchte ich Folgendes sagen:

Natürlich ist es abzulehnen, wenn eine Frau zum Tragen einer Burka, eines Burkinis, eines Kopftuches, was auch immer gezwungen wird. Genauso ist es aber abzulehnen, wenn man eine Frau zwingt, diese Kleidungsstücke abzulegen. Durch ein Verbot von Burkinis wird gar nichts erreicht, außer dass Frauen, die ohne Burkini nicht ins Schwimmbad gehen, eine Möglichkeit an unserer Gesellschaft teilzuhaben, verlieren.

Die Art, wie ihr die diese Themen immer wieder aufgreift, liebe FPÖ, trägt leider nicht im Geringsten zu einem friedlichen, respektvollen Zusammenleben bei. Im Gegenteil, sie schürt Ängste und Hass, anstatt mit sinnvollen Strategien und Initiativen die Herausforderungen des Zusammenlebens zu bewältigen. Deswegen lehnen wir den Antrag ab und appellieren an alle anderen Fraktionen, das ebenfalls zu tun. Danke. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Frau Gemeinderätin Robosch.

Gemeinderätin Robosch:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wie ich eigentlich schon oft von der FPÖ die Scheindiskussionen über gewisse Themen mitbekommen habe, wundert mich diese Scheindiskussion über Frauenpolitik doch sehr. Weil sie wieder einmal nur Probleme anspricht, die nur Ihr Weltbild bestätigen, sich aber so in der Realität nicht wiederfinden. Und ohne auf diese Konstruktion einzugehen, ob es jetzt vorkommt oder nicht vorkommt in der Realität, möchte ich doch zwei Dinge mir erlauben zu sagen: Eine Menschengruppe und in diesem Fall auch eine Frauengruppe, sich rauszupicken und dann Worte wie unhygienisch zu verwenden, ist nicht einfach nur grauslich, sondern auch einfach Rassismus und hat in unserer Menschenrechtshauptstadt einfach nichts verloren. *(Applaus)*.

Und eigentlich dachte ich, Herr Sippel, dass wir diese Diskussion schon in einer gewissen Plastikpuppen-Diskussion im vergangenen Winter geklärt hätten, wo wir eigentlich auch uns darauf verstanden haben, dass es nicht Ihnen obliegt zu entscheiden, was unsere Frauen tragen, sondern dass es nur Frauen selbst obliegt, was sie tragen. Dankeschön. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich den Antragsteller um seine Schlussworte.

Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:

Ja also, wenn ich nach der Daisy gehe, heißt das Burkinis für alle. Da brauchen ein paar dann nicht mehr ins Fitnessstudio gehen.

Anscheinend gehe ich heute mit meinem dringlichen Antrag baden. Es bleibt zu hoffen, dass unsere Bäder weitestgehend von Burkinis verschont bleiben, ich fürchte, das wird in Zukunft nicht der Fall sein, aber ihr alle hättet heute die Chance gehabt, auch nicht so an den Bürgern, an den Menschen vorbeizugieren und euch vorbeizuentscheiden, weil zurzeit läuft auf heute.at, jetzt kann man sagen, das ist alles nicht repräsentativ, das ist Boulevard-Zeitung usw., eine Umfrage. Da haben mittlerweile 5.562 Teilnehmer auch mitgemacht und die Frage war: „Sollen Burkinis in ganz Österreich verboten werden?“, 73 % davon, 73 % der Österreicher sagen ja. Das heißt, also so, dass das jetzt nur ein Hirngespinnst oder eine Spinnerei der FPÖ ist, ist es ja nicht. Sondern es ist anscheinend wirklich ein Thema, das auch wieder zeigt, in welche Richtung wir uns, auch was die Zuwanderung, was die Gebräuche, was auch das Frauenbild betrifft, hin entwickeln. Und das wollen wir Freiheitlichen also als Einzige anscheinend nicht.

Und zu den Grünen kommend, ja ok, es ist festzuhalten, dass ihr halt nicht ganz stringent seid auch in eurer frauenpolitischen Positionierung, weil letztes Mal im Gemeinderat war es ja auch so. Da habt ihr eine Geschäftsordnungsdebatte angezettelt, wenn es um die Quoten geht im Aufsichtsrat. Gleichzeitig seid ihr aber dann dagegen, wenn eine der höchsten Stellen dieser Stadt mit einer Frau besetzt wird.

Also irgendwie kennt man sich da nicht aus und auch heute wieder bringt ihr dann einen dringlichen Antrag ein, wo es darum geht, das Frauenvolksbegehren, was einmal stattgefunden hat, weiter zu forcieren und gleichzeitig sprecht ihr euch für die Unterstützung einer frauenfeindlichen und einer frauenunterdrückenden Bekleidung aus. Und nichts anderes ist ein Burkini. Weil, noch einmal, ich glaube nicht, dass es eine Frau gibt, die gern im Sommer mit einer Voll-Verschleierung bzw. mit einer Badebekleidung, Ganzkörper-Badebekleidung gerne in ein Schwimmbad geht bei 30/35 Grad. Das kann mir kein Mensch dieser Welt erzählen.

Und noch etwas. Weil diese Puppen-Diskussion da auch aufgepoppt ist. Also was habe ich mir erlaubt letztes Jahr? Ich habe mir erlaubt, ein Thema durchaus auch, ja plastisch kann man auch sagen, ja, durchaus auch zu karikieren. Ich habe ein ernstes Thema aufgegriffen, nämlich die Übergriffe auf Frauen durch Zuwanderer. Habe das auch überzeichnet, habe das karikiert. Aber ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, wo man für Karikaturen verfolgt wird oder sogar getötet wird. In so einer Gesellschaft möchte ich nicht leben. Deshalb habe ich mir im Sinne der Freiheit auch der Meinungsäußerung damals erlaubt, auch dieses Video online zu stellen und wie man sieht, es war ja, was die Zugriffszahlen betrifft, sehr, sehr erfolgreich. Eine Million in zwölf Stunden. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich bringe diesen dringlichen Antrag zur Abstimmung. Bitte um die Fürstimmen. Danke. Gegenstimmen frage ich nicht mehr ab. Dieser Antrag ist nicht angenommen worden.

Der Dringlichkeitsantrag wurde gegen die Stimmen der FPÖ abgelehnt.

E.4) Unterstützung der Resolution zum Frauenvolksbegehren durch die Stadt Graz

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag von den Grünen. Und ich darf Frau Gemeinderätin Wutte herausbitten.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! 1997, also vor 20 Jahren, haben sich fast 650.000 Menschen in Österreich mit ihrer Unterschrift für Gleichstellung von Frauen stark gemacht. Die Bestandsaufnahme zwei Jahrzehnte später stellt der Politik aber ein schlechtes Zeugnis aus: Nur zwei der elf damaligen Forderungen des Frauenvolksbegehrens wurden umgesetzt. Es besteht hier also höchste Dringlichkeit und höchster Handlungsbedarf und deswegen bringen wir auch heute einen dringlichen Antrag zu dem Thema ein.

Frauen sind in Österreich nach wie vor in vielen Bereichen strukturell benachteiligt. Noch immer verdienen Frauen deutlich weniger als Männer, die Armut bei Alleinerzieherinnen wächst und es gibt immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse von Frauen. Die Regierung, die Bundesregierung, hat beim Update ihres Regierungsprogramms so gut wie kein Interesse an einer emanzipatorischen Frauenpolitik gezeigt. Anfang 2018 soll es daher unter dem Titel Frauen*volksbegehren 2.0 zu einer Neuauflage der Initiative kommen.

15 Forderungen werden im Frauenvolksbegehren formuliert, die die Lebensrealität von Frauen in Österreich verbessern sollen. Zu den wichtigsten Punkten gehören

- ein gesetzlicher Mindestlohn von € 1.750 sowie gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- ein Ausbau von Gewaltschutzzentren, Frauenhäusern und gewaltpräventiven Maßnahmen
- flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote und auch
- die Koppelung von Parteien- und Klubförderung an die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen

Die Stadt Graz hat eine lange und positive Tradition in aktiver Gleichstellungspolitik. Die zweitgrößte Stadt Österreichs hat im Jahr 1986, als damals erste und einzige Stadt Österreichs, die Funktion der Unabhängigen Frauenbeauftragten geschaffen. Im Entschluss des Gemeinderates im April 2012[^], der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene beizutreten und damit auch verpflichtend einen Gleichstellungsaktionsplan vorzulegen. Dieser Entschluss zeugt von Willen, durch möglichst konkrete Maßnahmen kommunalpolitische Verbesserungen auch zu erzielen.

Gegenläufig zu diesen Bemühungen und strukturellen Verbesserungen erleben wir aber derzeit gesamtgesellschaftlich einen antifeministischen Backlash, der viele Errungenschaften der Frauen- und Gleichstellungspolitik erneut in Frage stellt und bereits aufgebrochene Rollenzuschreibungen wieder als alternativlos darstellt. Umso wichtiger ist es, dass wir uns heute für Gleichstellung und feministische Forderungen einsetzen und sie ganz oben auf die politische Agenda setzen.

Aufgrund der langen gleichstellungspolitischen Tradition von Graz ist es aus unserer Sicht ein naheliegender nächster Schritt, dass die Stadt das Frauenvolksbegehren 2.0 aktiv unterstützt und auf kommunalpolitischer Ebene eine VorreiterInnenrolle einnimmt. Daher stelle ich namens der Grünen folgenden **dringlichen Antrag**:

1.) Die Stadt Graz unterstützt und unterzeichnet die dem dringlichen Antrag beigefügte Resolution „Gemeinden für das Frauenvolksbegehren 2.0“. 2.) Im zuständigen Ausschuss wird zu allen 15 Punkten des Frauenvolksbegehrens eine Position ausgearbeitet, die in weiterer Folge als Stellungnahme der Stadt fungiert. 3.) Die Stadt Graz leistet einen aktiven Beitrag zur Verbreitung der Resolution und der Forderungen des Frauenvolksbegehrens. Insbesondere wird sie diese an die relevanten politischen Akteure und Akteurinnen auf Bundes- und Landesebene herantragen. Weiters wird die Stadt Graz dafür Sorge tragen, dass die Resolution „Gemeinden für das Frauenvolksbegehren 2.0“, die dem Antrag beiliegt, auch anderen Kommunen zur Kenntnis gebracht wird und diese um Unterstützung ersucht werden.

Danke. *(Applaus)*

*Gemeinderätin Wutte, MA stellt namens der Grünen daher folgenden **dringlichen Antrag**:*

1.) Die Stadt Graz unterstützt und unterzeichnet die dem dringlichen Antrag beigefügte Resolution „Gemeinden für das Frauenvolksbegehren 2.0“.

2.) Im zuständigen Ausschuss wird zu allen 15 Punkten des Frauenvolksbegehrens eine Position ausgearbeitet, die in weiterer Folge als Stellungnahme der Stadt fungiert.

3.) Die Stadt Graz leistet einen aktiven Beitrag zur Verbreitung der Resolution und der Forderungen des Frauenvolksbegehrens. Insbesondere wird sie diese an die relevanten politischen Akteure und Akteurinnen auf Bundes- und Landesebene herantragen. Weiters wird die Stadt Graz dafür Sorge tragen, dass die Resolution „Gemeinden für das Frauenvolksbegehren 2.0“ auch anderen Kommunen zur Kenntnis gebracht wird und diese um Unterstützung ersucht werden.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich danke. Gibt es Wortmeldungen? Frau Kollegin Braunersreuther, bitte.

Gemeinderätin DIⁱⁿ Braunersreuther:

Ja, liebe KollegInnen! Liebe ZuhörerInnen! Liebe Manuela! Vielen, vielen Dank für diesen Antrag, den wir natürlich gerne unterstützen. Denn ich denke ja, die Stadt Graz, es wäre nicht allein ein schönes Zeichen, wenn die Stadt Graz diesen Antrag unterstützt bzw. dieses Frauenvolksbegehren, sondern eigentlich sogar genau genommen Verpflichtung.

Denn dieses neue Frauenvolksbegehren, also ich möchte da den Kollegen Sippel berichtigen, der leider gerade nicht da ist, es wird auch nichts aufgenommen, was vor 20 Jahren schon einmal war. Ah doch, hier. Ja, ich gehe noch nach der alten Sitzordnung *(lacht)*.

Es werden natürliche Inhalte aus dem Frauenvolksbegehren vor 20 Jahren aufgenommen, die aber nur, weil sie einfach nicht erfüllt wurden. Was ja traurig genug ist, dass 20 Jahre lang im Bereich der Frauenrechte nichts getan wurde. Das neue Frauenvolksbegehren geht aber noch sehr viel weiter. In seinen Inhalten, die derzeit schon bestehen, das sage ich deswegen so deutlich, die Inhalte sind nämlich noch nicht endgültig ausgearbeitet.

Also es gibt zum Beispiel, das hatten wir erst bei einer Diskussionsveranstaltung, da hat das die Kollegin Schönbacher eingebracht, einen Punkt der mir auch ganz wichtig ist und notwendig wäre da einzubringen, den Punkt Frauengesundheit. Es gibt aber noch die Möglichkeit das einzuarbeiten. Ein Ausschuss der Stadt Graz könnte daran aktiv mitarbeiten. Deswegen hoffe ich, dass der zustande kommt. Aber dieses Frauenvolksbegehren, um darauf zurückzukommen, ist nicht nur für Frauen alleine. Es ist ein Frauen-Stern-Volksbegehren und das heißt im Prinzip...

Zwischenruf Gemeinderat Ing. Lohr: Was heißt Stern?

Gemeinderätin DIⁱⁿ Braunersreuther:

...ja, dass es im Prinzip, ja das erkläre ich ja gerade - ich muss nicht extra dazu aufgefordert werden – dass es im Prinzip für alle gut ist. Denn das ist, glaube ich, sehr, sehr vielen Leuten nicht klar. Feminismus ist nicht allein für Frauen, Feminismus ist gut eine Gleichwertigkeit aller Menschen in der Gesellschaft, egal welchen Geschlechts, welchen Gender, welchen Alters, welcher Herkunft sie sind. Deswegen geht es hier nicht...

unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin DIⁱⁿ Braunersreuther:

...um Frauenrechte im eigentlichen Sinn, sondern es geht um Menschenrechte. Und als Menschenrechtsstadt Graz, glaube ich, würde es ihr sehr gut anstehen, dieses Volksbegehren zu unterstützen und deswegen plädiere ich natürlich auch für die Dringlichkeit und diesen Antrag zu unterstützen und natürlich setzen wir uns auch dafür ein. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Gemeinderätin Marak-Fischer.

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Ja, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Die SPÖ unterstützt selbstverständlich diesen Antrag und wir bedanken uns auch dafür. Wenn jetzt manche sagen, 20 Jahre ist es her, noch immer geht nichts weiter, warum brauchen wir diese Forderungen? 52 % der Bevölkerung sind weiblich, meine lieben Kollegen und Kolleginnen, und zugleich sind in etwa gut zwischen 30 und 40 % in politischen Gremien weiblich.

Sind zum Teil unter 10 % aller Bürgermeister und Bürgermeisterinnen weiblich, sind in Aufsichtsräten auch hier von der Stadt Graz entsandt knapp 30 % weiblich. Sind in Führungspositionen, Gott sei Dank nicht in der Stadt, aber in vielen anderen zum Teil in erschreckend niedrigen Prozentsätzen, Frauen vertreten, umgekehrt aber sind über 90 % von Opfern häuslicher Gewalt weiblich. Sind weit als die Hälfte aller Mindestsicherungsempfänger und –empfängerinnen weiblich.

Und wenn man sich das anschaut, dann kann nur sagen, es ist bei weitem nicht alles erledigt. Wenn wir jetzt hören, das wird schon, wir brauchen da jetzt nicht wieder ein Frauenvolksbegehren, da kann man nur sagen, worauf sollen denn die Frauen warten, worauf sollen die Frauen in unserem Alter warten? Bis sie in Pension gehen und dann eine armutsgefährdende Pension, eine Mindestpension haben, vielleicht eine Ausgleichszahlung brauchen?

Worauf sollen die Kinder warten, die Mädchen warten? Bis sie aus ihrer Kinderarmut erwachsen werden, eine schlechte Ausbildung bekommen und dann möglicherweise kein Recht auf selbstbestimmtes Leben haben?

Worauf sollen die jetzt bereits älteren Frauen, die vielleicht von einer Mindestpension leben, warten? Bis sie die letzten Jahre ihres Lebens in Armut verbringen müssen und nicht teilhaben können an der Gesellschaft?

Worauf wollen wir noch warten?

Nein, wir müssen den Druck erhöhen und natürlich kann man jetzt sagen, die Politik auf Stadtebene, die Frau Stadträtin Wirnsberger, ihre Vorgängerin der SPÖ auf Landesebene, auf Bundesebene, natürlich die machen alles, alle gesamt ihr Bestes. Aber es wird nicht reichen, und es braucht die Unterstützung der Zivilgesellschaft und es braucht die Unterstützung der Bürger und Bürgerinnen, denn die sind unser Souverän und mit deren Unterstützung kann vielleicht schneller etwas weitergehen.

Kurz zur Stadt Graz noch ein paar Worte. Auch ich habe sehr sorgfältig das Regierungsübereinkommen, die sogenannte Agenda, also das, was getan werden muss, Gerundiv, 2022 studiert. Der Herr Bürgermeister würde das löblich finden und ich darf die Punkte in Erinnerung rufen, die sich auf das Thema Gleichstellung beziehen: Oh, es gibt keine Punkte, die sich auf das Thema Gleichstellung beziehen. *(Applaus)*

Und abgesehen von dieser Agenda, in der sozusagen nichts drinsteht, hat natürlich heute Klubobmann Sippel schon einen gewissen Hoffnungsschimmer aufkommen lassen. Sie haben sich heut, du hast dich heute sehr intensiv auch mit dem Frauenbild auseinandergesetzt und finde es lobenswert, dass ihr euch Gedanken darüber macht, deswegen hoffe ich auch sehr jetzt auf eure Zustimmung zu diesem Antrag. Das wäre die konsequente Weiterführung deiner vorigen Wortmeldung. *(Applaus)*

Und, lieber Stefan, ich möchte natürlich keine Namen nennen, aber es gibt konstruktive Kräfte, die sind tatsächlich der Meinung, dass die Forderungen nicht notwendig seien, denn es ist...

Ordnungsruf Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:
Bitte zum Ende kommen.

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

...es ist zwar in Ordnung, wenn Frauen gleich viel verdienen, aber so Dinge wie Kinderbetreuung seien nicht notwendig. Ja, wie sollen denn Frauen gleich viel verdienen, wenn sie gleichzeitig nicht die Zeit dazu bekommen zu arbeiten? Wie soll denn das zum Beispiel zusammengehen? Das heißt, wer A sagt, muss auch B sagen. Wer Frauen tatsächlich gleichgestellt haben will und ein Frauenbild haben, in dem Frauen gleichgestellt sind, der muss auch B sagen und den jetzigen Antrag hier unterstützen. Danke. *(Applaus)*

Gemeinderätin Schönbacher:

Nur ganz als Erstes möchte ich klarstellen: In der Agenda 22 steht nichts zum Thema Gleichstellung, weil das selbstverständlich ist und Dinge, die selbstverständlich sind, sind natürlich dort nicht angeführt. *(Applaus)*

Liebe Antragstellerin! Es ist löblich, fünfzehn Punkte zusammenzufassen und es ist sehr wichtig, über Frauenthemen zu sprechen, nur in diesen fünfzehn Punkten habe ich leider nur zwei Punkte gefunden, wo wir mit euch übereinstimmen und zwar der eine ist: Selbstständig durch die Karenz und der andere: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Alle anderen Punkte gehen unserer Meinung nach in die falsche Richtung. Wenn ich mir jetzt herausnehme, jedes Kind hat einen Platz. Richtig, jedes Kind hat einen Platz. Und zwar wo? In der Familie, bei Mutter und Vater, dort ist der richtige Platz für ein Kind! *(Applaus)*

Aber damit das auch möglich ist, sollte man eher darüber diskutieren, das Kinderbetreuungsgeld zu erhöhen, z.B. jetzt nach Berndorfer Modell, da könnte man relativ lang diskutieren, weil um Erziehung möglich zu machen, da muss man natürlich auch finanziell abgesichert werden. Und ich habe mir eine Studie angeschaut vom Institut für Demokratie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und da haben 42 % der 18- bis 45-jährigen Österreicher das sehr kritisch gesehen, dass so kleine Kinder schon in fremde Obhut gegeben werden und genauso kritisch sehen wir das auch.

Dann das Thema Sicher Leben: Frauenhäuser ja natürlich, ja. Aber das Thema Sicherheit ist für uns eher ein Thema zum Beispiel, wie komme ich sicher nach Hause, wenn ich am Abend im Finsternen aufhöre zu arbeiten und ohne, dass sich Frauen überlegen müssen, brauche ich eine Heimwegbegleitung? Muss ich mit dem Taxi nach Hause fahren? Weil das ist zum Beispiel ein Punkt, der zu Frauenarmut führt.

unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Schönbacher:

Dann der Diskurs zum Thema Schwangerschaftsabbruch. Das ist klar, das ist für uns auch ein wichtiges Thema, aber unser Zugang...

Ordnungsruf Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte um Disziplin.

Gemeinderätin Schönbacher:

...ist ganz ein anderer und zwar nicht die Gratis-Gesellschaft für Verhütungsmittel, sondern Beratung, Anonymität, ja und die Festlegung von Bedenkfristen. Da könnten wir sehr lange darüber diskutieren. (*Applaus*)

Dann fehlt bei diversen Diskussionen, und da fühle ich mich persönlich immer sehr angesprochen, bei der Lohnerhöhung immer das Thema Frisörin. Weil die Frisörin verdient so wenig und ich habe mir erlaubt, für die Grünen den Kollektivvertrag auszudrucken, weil eine Frisörin ab dem 6. Berufsjahr, wenn sie eine positive LAP hat, dann verdient sie brutto € 1.632. Und noch dazu zu fordern für 30-Stunden-Woche, also ich möchte wirklich wissen, wie unsere Betriebe konkurrenzfähig bleiben sollen, wenn man den Wirtschaftsbetrieben solche Dinge, solche absurden Dinge umhängen möchte.

Dann das Thema Frauen auf allen Ebenen und mit dabei statt mitgemeint: Wie wollen wir zu einer 50 %-Frauenquote kommen? Das geht einmal gar nicht und die SPÖ, es gefällt mir immer so, wenn ihr so darüber spricht, weil die Bettina Vollath hat versucht, Kamingespräche für politisch interessierte Frauen zu veranstalten und musste leider diese Kamingespräche absagen, weil außer unseren Frauen kaum jemand daran teilgenommen hat und die Mindestbesucherzahl leider nicht erreicht wurde. (*Applaus*)

Wenn Frauen das nicht wollen, wenn die Frauen nicht wollen, kann man sie nicht zwingen. Aber Frauen bieten immer Qualität und die Qualität ist uns wichtig, aber nicht die Quantität. Wir wollen weder eine Frauenquote in der Politik noch eine Männerquote in der Pflege und Gesundheit.

Ordnungsruf Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte zum Ende kommen.

Gemeinderätin Schönbacher:

Letzter Punkt: Raus aus der rosa-blau-Falle: Die Buben sollen so sein dürfen, wie die Buben halt sind und die Mädchen so wie die Mädchen sind. Wichtig ist, dass die Erziehung bei den Eltern bleibt, ja, und die Wertevermittlung und in der Bildung sollte man lieber darauf Rücksicht nehmen, die natürliche Neugier der Kinder zu fördern, Stärken zu fördern, Schwächen festzustellen, aber nicht jetzt sie in eine Gleichmacherei oder so etwas drängen.

Deshalb wir werden diesem Volksbegehren nicht zustimmen, weil unserer Meinung nach geht das in die falsche Richtung, unsere Themen sind Frauengesundheit, Sicherheit im Alltag und wie werden Frauenberufe nicht zu Mangelberufen. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Frau Gemeinderätin Kaufmann.

Gemeinderätin Kaufmann, MMSc, BA:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Liebe Stadtregierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Eigentlich wollte ich dieses Thema, meine Wortmeldung eigentlich ganz anders beginnen. Aber wenn ich meinen Vorrednerinnen so zuhöre oder auch den Zwischenmeldungen, muss ich eigentlich sagen, arg, wie wir so ein Thema eigentlich, das eigentlich durchaus wichtig ist, diskutieren. Mit welchem Hohn und mit welchem Spott wir uns auch gegenseitig da eigentlich begegnen.

Ich finde es wichtig, dass wir über frauenpolitische Maßnahmen diskutieren, ja, ich finde es sehr wichtig und auch die ganzen Gespräche, die ich dazu gestern und auch heute dazu geführt habe, die zeigen auch auf, wie wichtig das ist. Aber ganz ehrlich, wenn wir wirklich was bewegen wollen, dann müssen wir uns, glaube ich, ganz anders zusammensetzen und ganz anders auch darüber austauschen und unterhalten. Weil, wenn wir so weitermachen, wird es darum gehen, wo steht der eine, wo steht der andere? Und am Ende des Tages wird wieder nichts weitergehen. Und, liebe Kollegin Wutte, danke für den Antrag, danke für die Möglichkeit, dass wir das auch heute diskutieren können.

Ja, ich glaube auch, dass ein Frauenvolksbegehren nach 20 Jahren echt lange ist, dass das gebraucht hat, dass man wieder auch den Mut fasst, so etwas zu machen. Von den Inhalten mag ich gar nicht so viel ins Detail gehen, da sind viele Punkte drinnen, die kann ich nicht unterstützen, die kann ich nicht unterschreiben und die können wir auch als Volkspartei nicht unterschreiben.

Aber es wäre wichtig, dass wir uns auch gemeinsam hinsetzen und gemeinsam diskutieren, was wollen wir, wo sind die vereinenden Dinge? Denn, du schreibst auch in deinem Motivenbericht, Frauen in Österreich sind in vielen Bereichen weiterhin strukturell benachteiligt. Ja, und das ist ein ernstes Thema. Das ist ein ernstes Thema, mit dem wir uns ernsthaft auseinandersetzen sollten und nicht, wo wir irgendwo vielleicht, irgendwo jemanden auch auslachen kann, wo was irgendwo genannt wird.

Wir werden als ÖVP der Dringlichkeit zustimmen, weil wir gerne darüber diskutieren wollen, weil wir uns gerne damit auseinander setzen wollen, wir ersuchen um getrennte Abstimmung und wir werden auch dem Punkt 2, weil wir diskutieren wollen, weil es auch darum geht, wie können wir Frauen weiterbringen, auch zustimmen, um weiterdiskutieren zu können, weiter da dran zu bleiben, und wenn es nach mir geht, braucht es auch überhaupt eine gesamte Strategie, wo wollen wir mit frauenpolitischen Maßnahmen hin, und ich hoffe, dass uns das als Gemeinderat, dass uns das als Stadt Graz auch gelingt. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Möchte die Antragstellerin zum...? Nein, erst später, gell?

Dann stimmen wir einmal über die Dringlichkeit ab. Wer für die Dringlichkeit ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist die Mehrheit. Damit ist die Dringlichkeit gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Zum Antrag selbst, gibt es Wortmeldungen? Nicht der Fall, dann bitte ich die An...

unverständlicher Zwischenruf

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Frau Stadträtin, bitte.

Stadträtin Wirnsberger:

Ich möchte mich zu allererst sehr herzlich bedanken für all die unterstützenden Wortmeldungen. Und dafür, dass anscheinend sehr, sehr viele in dieser Gemeinderatssitzungssaal erkannt haben, wie dringend notwendig ein neues Frauenvolksbegehren ist und auch dazu, dass der Dringlichkeit dieses Anliegens zugestimmt worden ist.

Die Stadt Graz hat in der Vergangenheit häufiger PionierInnen-Rolle in Sachen Gleichstellung eingenommen. Und es ist ausschließlich dadurch gelungen, dass wir uns selbst zu aktiver Gleichstellungspolitik verpflichtet haben. Und anderem dadurch, dass wir einen Aktionsplan haben, mit dem wir wirklich eine VorreiterInnen-Rolle eingenommen haben, die internationale Anerkennung findet und ein Vorbild darstellt.

Heute hätten wir wieder die Gelegenheit, gemeinsam ein notwendiges Zeichen zu setzen. Indem wir uns mit dem Unterzeichnen dieser Resolution solidarisch erklären, mit dem neuen Frauenvolksbegehren. Und uns nicht weiter mit dem allgemeinen zahnlosen Hinausschieben, Weiterverschieben in Ausschüsse und Bagatellisieren von Frauen und deren Anliegen zufrieden geben.

Und wenn ich mir ansehe, was in diesen Tagen so über unsere Stadt Graz in den Zeitungen steht. Da ist die Rede von massivem Demokratieabbau, bedenklichem Demokratieverständnis. Es werden Personen etabliert in Funktionen, die für als rechtsextrem eingestufte Medien schreiben und durch sexistische, rassistische, antisemitische Texte auffallen.

So frage ich Sie, ist das das Bild, das die Stadt Graz von nun an vermitteln soll nach außen? Wollen Sie das wirklich? Ich kann mir vorstellen, dass einige von Ihnen das tatsächlich wollen. Aber an alle anderen möchte ich appellieren, ergreifen wir bitte gemeinsam diese Chance und ziehen wir an einem Strang.

Drücken wir mit dem Unterzeichnen dieser Resolution aus, dass sowohl Frauenanliegen als auch Demokratiepolitik, nämlich das wichtige Instrument einer Volksbefragung, eines Volksbegehrens, in dieser Stadt ein wichtiges Anliegen sind. Es mag unter Ihnen Stimmen geben, denen die eine oder andere Forderung zu progressiv ist. Ja, das mag möglich sein und darüber werden wir diskutieren und darauf freue ich mich schon. Aber besonders jenen möchte ich ein Zitat mitgeben, ein Zitat jener Frauen, deren Mut zu progressiven Haltungen wir viele Errungenschaften und Rechte zu verdanken haben, nämlich Simone de Beauvoir: „Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen.“ Sie bekommen nichts. In diesem Sinne ersuche ich Sie um Zustimmung zu allen Punkten des dringlichen Antrages und freue mich auf die weitere Diskussion in den kommenden Monaten zu den konkreten Forderungen. Herzlichen Dank. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gemeinderat Swatek hat um das Wort gebeten.

Gemeinderat Swatek, BSc:

Entschuldigung in meiner Fraktion ist es schwer, dass eine Frau spricht, aber das ist eh klar.

unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Swatek, BSc:

Ich möchte grundsätzlich sagen, dass ich der Dringlichkeit zugestimmt habe, weil ich der Meinung bin, dass das Frauenvolksbegehren 2.0 nach 20 Jahren endlich wieder einen offenen Diskurs über Gleichstellung anregen kann.

Ich finde viele Punkte in dem Volksbegehren auch gut, wie zum Beispiel die kostenlose flächendeckende Kinderbetreuung oder kostenloser anonymer Zugang zu Verhütungsmitteln. Muss aber auch sagen, dass ich besonders bei sozialpolitischen und arbeitspolitischen Themen, die das Frauenvolksbegehren anspricht, nicht zustimmen kann und ich verstehe ehrlich gesagt auch gar nicht, warum man das als Initiatoren des Frauenvolksbegehrens in ein solches Volksbegehren überhaupt hineingibt? Das ist in meinen Augen ganz klare Themenverfehlung.

Dann möchte ich herausheben die Umverteilung statt Umbezahlung. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei gleichem Lohn oder auch den Mindestlohn von € 1.750 brutto, das ist in meinen Augen einfach sozialistische Symptombekämpfung und keine richtige Arbeitsmarktpolitik. Daher werde ich dem in dieser Form nicht zustimmen und weiters, als liberaler Mensch kann ich auch Frauenquoten jeglicher Art nicht zustimmen, da das einfach immer einen Zwang mit sich bringt, und ich Zwang grundsätzlich ablehne. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht..., bitte Herr Stadtrat Krotzer.

Stadtrat Mag. Krotzer:

Ja, ich melde mich entgegen meinen Plänen doch zu Wort, weil ich der Meinung bin, dass Frauenpolitik nicht etwas ist, was ausschließlich Frauen betrifft, sondern genauso auch die Männer angeht und insofern werde ich mich insofern zu Wort melden als ein Mann, der vollinhaltlich dafür sprechen kann, dass dieses Frauenvolksbegehren in dieser Art und Weise auch von der Stadt Graz unterstützt wird, weil ich der Meinung bin, und wir haben das auch bei uns lange diskutiert, dass eben 20 Jahre seit dem vergangenen Frauenvolksbegehren, von dem so gut wie keine der Forderungen, die damals aufgestellt worden sind, bis heute erfüllt worden sind.

Dass in den letzten 20 Jahren in vielen Bereichen ein großer Stillstand geherrscht hat und wo es allerhöchste Zeit ist, dass vielen berechtigten Forderungen mehr Nachdruck verliehen wird und jede Möglichkeit, die in dem Bereich ergriffen werden kann, sollte auch ergriffen werden und auch entsprechend unterstützt werden. Sowohl von Frauen klarerweise, aber das sollte auch von solidarischen Männern unterstützt werden. In dem Sinne bedanke ich mich bei der Antragstellerin für den Antrag. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann bitte ich die Antragstellerin zum Schlusswort.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Ja, auch ich möchte mich noch einmal ganz herzlich bedanken für die doch breite Unterstützung, die wir hier mit diesem Antrag erfahren. Wie Tina Wirnsberger schon gesagt hat, ist es klar, dass wir nicht alle bei allen Punkten einer Meinung sind, dass manche Punkte einigen von uns zu weit gehen, anderen wiederum die Punkte nicht weit genug gehen. Also da gibt es einfach einen breiten Diskussionsbedarf, den wir hoffentlich auch im Ausschuss dann abdecken werden. Ein paar inhaltliche Anmerkungen möchte ich jetzt doch noch machen.

Also, weil gerade auch Sie von der FPÖ ganz stark auf die inhaltlichen Forderungen im Detail eingegangen sind. Grundsätzlich, Sie haben gesagt, Gleichstellung ist selbstverständlich und kommt deswegen in der Agenda 2022 nicht vor. Aber das ist ja genau der Grund, warum es das Frauenvolksbegehren gibt. Eben, weil Gleichstellung nicht selbstverständlich ist. Eben, weil wir 20 Jahre später noch fast am gleichen Punkt stehen wie damals, ja? Genau deswegen stehen wir auch heute hier und diskutieren, ja? Man sieht an so vielen Dingen, dass Gleichstellung nicht selbstverständlich ist. Man sieht es am Gender Pay Gap, man sieht es an so vielen Benachteiligungen, die Frauen nach wie vor erleben. Ein paar Anmerkungen zu den Details, die Sie gesagt haben. Sie haben gesagt, dass Sie das positiv finden, dass in Österreich so lange Kinderbetreuungsgeld bezogen werden kann und dass Sie nicht gut finden, wenn Kinder früh in Krippen gehen. Ich lasse Ihnen gerne die Studien zukommen, ja? Im EU-Vergleich haben wir ein sehr langes Kinderbetreuungsgeld, was sich ganz negativ auf die Verdienstmöglichkeiten von Frauen und auf die späteren Pensionsansprüche auswirkt. Und es muss für Frauen diese Wahlmöglichkeit geben, indem eben ein flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot, das qualitativ hochwertig ist, zur Verfügung gestellt wird.

Zum Thema Mindestlohn. Ich finde es immer wieder erstaunlich, dass die FPÖ, die sich ja so gerne als Partei des kleinen Mannes oder auch der kleinen Frau präsentiert, da kein Interesse daran hat, ja? Eben gerade gering verdienenden Menschen würde ja dieser Mindestlohn helfen.

Zwischenruf GR Hötzl: Wer soll denn das bezahlen?

Gemeinderätin Wutte, MA:

Zur Frauenquote. Sie sagen, wenn Frauen nicht wollen, kann man sie nicht zwingen. Aber es ist ja der Punkt, wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit Frauen sich zutrauen, Führungspositionen in Anspruch zu nehmen.

Eben, weil eine qualitative Kinderbetreuung möglich ist.

Eben, weil sie Unterstützung bei all den vielfältigen Sorgetätigkeiten haben, die eben Frauen nach wie vor, vor allem übernehmen.

Und einen letzten Gedanken noch zu dieser Replik, die Sie auf die rosa-blaue Falle gemacht haben. Ich möchte Sie da noch einmal auffordern, sich auf den wissenschaftlichen Stand zu bringen. Also diese biologistische Argumentation, Männer sind so und Frauen sind so und das war schon immer so, und wir dürfen da jetzt sicher nicht hineinfuschen, ist ja schon lange überholt.

Zwischenruf GRⁱⁿ Schönbacher: Wenn´s falsch wär, müssten wir alle depri sein, oder?

Gemeinderätin Wutte, MA:

Ich lasse Ihnen auch gerne Studien dazu zukommen.

Zwischenruf GR Klubobmann Mag. Sippel: Komm ich dann auch mit rosa Krawatte.

Gemeinderätin Wutte, MA:

An den Kollegen Swatek ganz kurz noch eine Bemerkung. Ich denke, wir können Gleichstellungspolitik eben nicht losgelöst von Sozialpolitik behandeln. Eben, weil Gleichstellung und Frauenpolitik eine Querschnittsmaterie ist und eben, weil von einem Mindestlohn in erster Linie Frauen profitieren würden. Eben, weil genau Frauen die sind, die zunehmend in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind und unter einer Sozialpolitik, die eben nicht auf Ausgleich bedacht ist, besonders leiden. So viel zu meinen inhaltlichen Anmerkungen. Ich bitte wirklich alle, diesen wichtigen Antrag zu unterstützen. Danke. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Der Wunsch lag vor, dass wir über die Punkte separat abstimmen, das nehme ich auch so vor.

Wir stimmen folglich über Punkt 1, den ich nicht mehr neu verlese, ab. Wer für diesen Punkt 1 ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Punkt 1 ist abgelehnt.

Punkt 1 wurde gegen Grüne, KPÖ, SPÖ und Neos abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 2. Auch hier bitte ich bei Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand.

Dies ist die Mehrheit. Dieser, pardon? Ja, machen wir die Gegenprobe bitte zu Punkt 2. Die Mehrheit hat Punkt 2 angenommen.

Punkt 2 wurde mehrheitlich gegen FPÖ angenommen.

Wir kommen zu Punkt 3. Wer für Punkt 3 ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Punkt ist abgelehnt.

Punkt 3 wurde gegen Grüne, KPÖ und SPÖ abgelehnt.

Also bei diesem Antrag ist lediglich Punkt 2 angenommen worden. Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag. Und ich bitte Klubobmann Karl Dreisiebner heraus.

E.5) Datengrundlage für die Reform der Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Wohnungs-Stadtrat! Der Grund meines Antrages ist von dem Zeitpunkt, wo ich mit Überlegungen dazu begonnen habe, am letzten Wochenende etwas an Dynamik beschleunigt worden, nachdem über die Medien bekannt geworden ist, dass a) zwei streiten und b) am 29. Juni die Änderung der Richtlinien für die Vergabe der Gemeindewohnungen vom Herrn Vizebürgermeister und Wohnungsstadtrat Eustacchio eingebracht werden soll.

Als Mitglied der Ausschüsse, die dafür zuständig sind, Verwaltungsausschuss, Eigenbetrieb Wohnen bzw. Wohnungsausschuss, und als einer der weiß, dass am nächsten Donnerstag das Ganze wiederum mit einem Ausschusstermin, wo wir die komplette Tagesordnung noch nicht kennen, aber ich die Auskunft erhalten habe, dass die Richtlinien oder Taten, die zur Richtlinien-Änderung/Verschärfung führen sollen, dort nicht auf der Tagesordnung sein sollen, unterstreicht die Wichtigkeit und die Dringlichkeit meines Antrages, aus meiner Sicht zumindest. Auch dahingehend hat man ja gestern auch anderes gelesen. Aber wurscht.

Gehen tut's darum: Wir haben jetzt etwa vor zwei Jahren eine Richtlinien-Änderung in Kraft gesetzt bekommen, mit 01. Mai 2015. Da wurde erstmals eingefügt, dass weitere Anspruchsvoraussetzungen, um auf die Warteliste zu kommen, nicht in eine Gemeindewohnung gleich eintreten zu können, sondern auf die Warteliste gehen zu dürfen, nebst den Einkommensparametern natürlich und von Lärmparametern. Der Punkt ist, dass man mindestens ein Jahr in Graz wohnhaft und gemeldet sein muss. Dann gibt es noch ein paar Ausnahmen. Die lasse ich weg, ihr könnt es nachlesen aus dem Motiventext heraus. Jetzt soll das laut, auch ich habe den fliederfarbenen Vertrag von ÖVP und FPÖ gelesen, soll das auf fünf Jahre erweitert werden und das scheinbar in einer relativ guten Geschwindigkeit oder schlechten Geschwindigkeit, wenn man es aus wohnungspolitischen Gesichtspunkten betrachtet. Wir hätten dazu gerne als Ausschuss, als Gemeinderat, als grüne Fraktion und ich hoffe, dass das die Mehrheit hier unterstützt, gerne Datengrundlagen, Unterlagen faktenbasiert.

Was ist prognostiziert, wenn wir diese Wartelisten, diesen Zutritt an die Warteliste von einem Jahr auf fünf Jahre erstrecken? Was ist in den letzten zwei Jahren in etwa passiert? Wie wirkt sich das auf die Warteliste aus? Wie wirkt sich das auf den privaten Wohnungsmarkt vor allem aus? Wie wirkt sich das auf Einkommensschwächere aus? Etwa auf die Frisörin, 6. Berufsjahr nach Lehrabschluss, die aber nicht Vollzeit um € 1.600 brutto arbeitet, sondern Teilzeit und vielleicht daheim auch noch ein oder zwei Kinder hat und das alleinerziehend bewältigen muss. Darf aber nicht, weil sie eben noch nicht lange genug Grazerin ist, das in Richtung der FPÖ und der vorigen Diskussion. Und das wäre uns schon sehr wichtig. Und ich denke, auch für den Gemeinderat wäre es sehr interessant, so eine einschneidende Entscheidung mit entsprechendem Datenmaterial, das das Wohnungsamt bestimmt liefern kann, auf Basis dessen, was dort passiert ist und vorliegt, dass man das dementsprechend als Grundlage hat.

Ich mag auch nicht verhehlen, dass ich wahrscheinlich also das nicht erwarte, dass das für eine Verschärfung der Zugangskriterien sprechen wird, was da an Fakten und Daten rauskommen würde und folglich auch nicht verheimlichen, dass wir wahrscheinlich dagegen stimmen würden. Aber wir könnten in der Öffentlichkeit verantwortungsvoll auf Basis von Daten und Fakten damit umgehen.

In dem Sinne hoffe ich auf Unterstützung für folgenden Antrag: 1. Wohnungsstadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio wird beauftragt, dem Ausschuss für Wohnungsangelegenheiten rechtzeitig vor der Beschlussfassung zur neuerlichen Änderung der Richtlinien zur Vergabe der Gemeindewohnungen (Fassung von 2014, Beschluss 2015 Inkraftsetzung) entsprechend durch „Wohnen Graz“ aufbereitetes Datenmaterial zur letzten Reform hinsichtlich der Auswirkungen auf Warteliste, Wohnungssuchende, auf den städtischen, genossenschaftlichen und privaten Wohnungsmarkt vorzulegen. 2. Eine Bewertung dieser Daten ist vom Ausschuss zu diskutieren. Darauf aufbauend ein entsprechender Informationsbericht im Sinne eines Grundlagenberichtes dem Ausschuss und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung zu unterbreiten und 3. schließlich möge nach erfolgter Beschlussfassung im Gemeinderat der zuständige Ausschuss und darauffolgend der Gemeinderat mit einem ausgereiften Vorschlag für eine weitere Änderung der Richtlinien zur Vergabe der Gemeindewohnungen, der aufgrund der Vorarbeiten aus Punkt 1. und 2. wohl fundierter und viel eher faktenbasiert sein kann, befasst werden. Ich ersuche um Ihre und eure Zustimmung, vielen Dank. (*Applaus*)

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner stellt namens der Grazer Grünen – ALG folgenden Dringlichen Antrag

1. *Wohnungsstadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio wird beauftragt, dem Ausschuss für Wohnungsangelegenheiten rechtzeitig vor einer Beschlussfassung zur neuerlichen Änderung der Richtlinien zur Vergabe der Gemeindewohnungen (Fassung von 2014/2015) durch „Wohnen Graz“ aufbereitetes Datenmaterial zur letzten Reform hinsichtlich der Auswirkungen auf die Warteliste, Wohnungssuchende und auf den städtischen, genossenschaftlichen und privaten Wohnungsmarkt vorzulegen.*
2. *Eine Bewertung dieser Daten ist vom Ausschuss zu diskutieren und darauf aufbauend ein entsprechender Informationsbericht im Sinne eines Grundlagenberichtes dem Ausschuss und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.*
3. *Schließlich möge nach erfolgter Beschlussfassung im Gemeinderat der zuständige Ausschuss und darauf folgend der Gemeinderat mit einem ausgereiften Vorschlag für eine weitere Änderung der Richtlinien zur Vergabe der Gemeindewohnungen - der aufgrund der Vorarbeiten aus Punkt 1. und 2. wohl fundierter und viel eher fakten-basiert sein kann - befasst werden.*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Möchte jemand das Wort? Herr Gemeinderat, bitte.

Gemeinderat Stöckler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Lieber Antragsteller! Du hast ja in deiner Wortmeldung schon sehr oft gesagt, du hast den Ausschuss sehr oft erwähnt. Man muss etwas dazu sagen. Es ist ja Thematik des Ausschusses, diese Dinge dann in einer aufkommenden Debatte zu diskutieren. Es bringt, glaube ich, nichts, wenn wir einen dringlichen Antrag jetzt wieder einbringen. Du stehst wieder in der Zeitung wahrscheinlich.

Wir werden die Kriterien, die es gilt zu überarbeiten, im Ausschuss behandeln. Demokratiepolitische Defizite wie so oft, die Stadträtin Wirnsberger hat das vorher gerade erwähnt, demokratiepolitische Defizite, weil wir gewisse dringliche Anträge nicht zulassen wollen, weil sie für uns dementsprechend nicht dringlich sind, das spricht dann für sich. Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen deines Antrages und, lieber Karl, man merkt, es ist irgendwie gleich wieder so eine Hau-Ruck-Aktion vorbereitet.

Du weißt, dass wir das im Ausschuss diskutieren werden, und es ist übrigens der Verwaltungsausschuss Wohnen und nicht der Ausschuss für Wohnungsangelegenheiten.

Also ich glaube, wenn man sich so intensiv mit der Materie beschäftigt und so auftritt und sich dagegen verwehrt, dann sollte man zumindest den richtigen Ausschuss benennen. Wenn es einmal drinnen gewesen wäre, würde ich sagen, ok, es ist ein Irrtum, aber ich glaube, es ist der Verwaltungsausschuss Wohnen und nicht der Ausschuss für Wohnungsangelegenheiten.

unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Stöckler:

Das steht in deinem Antrag. Deswegen, wir lehnen die Dringlichkeit ab. Wir werden das im Verwaltungsausschuss diskutieren, wie auch das Papier aussehen wird, wir wissen es bis dahin nicht. Ich habe nichts gesehen bis auf gewisse Dinge, die irgendwo medial kolportiert werden, und das ist eigentlich die Arbeit, die uns auszeichnet. Arbeit in den Ausschüssen und dann kann man weiter diskutieren, dann kannst du auch medial aktiv werden, das ist kein Problem. Aber ich glaube, wir sollten uns zuerst einmal auf das konzentrieren, was uns vorgegeben wird in den Ausschüssen, was uns der Herr Wohnungsstadtrat dann bzw. Bürgermeister-Stellvertreter vorlegt und dann können wir uns dazu entscheiden, können wir entscheiden oder nicht entscheiden. Danke. Deswegen lehnen wir die Dringlichkeit ab.

(Applaus)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Gemeinderat Mogel.

Gemeinderat Mogel:

Liebe Zuhörer! Frau Gemeinderat! Werter Stadtsenat! Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Lieber Karl! Es ist jetzt von meinem Kollegen vorhin schon einiges gesagt worden. Erstens, der Vorschlag der Neufassung ist gerade in der Fertigstellung. Das heißt, dringlich, es ist alles in Umsetzung, da ist nichts mehr dringlich. Wir werden ehestbaldigst durchführen. Zweitens, selbstverständlich vor einer Beschlussfassung im Gemeinderat wird das im zuständigen Ausschuss bearbeitet, das ist eh ganz klar. Das war immer schon so und wird auch in diesem Fall so sein und das wird auch rechtzeitig von statten gehen. Ich bin überzeugt davon, dass dann damit deine Unklarheiten, die du da beschrieben hast, beseitigt sind. Und drittens, in dem Fall muss ich da jetzt nachhaken, natürlich ich habe mir gedacht, ich werde es dem richtigen Ausschuss auch zugeben, nicht so wie du das gemeint hast, im falschen, was aber eh schon vorher beschrieben ist. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Klubobmann Ehmann.

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Herr Vizebürgermeister! Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Galerie! Grundsätzliche Anmerkung zum Thema dringliche Anträge. Ich glaube, dass es ein notwendiges polit-demokratisches Prinzip ist, dringliche Anträge hier abhalten zu können, denn unabhängig von Tagesordnungen bevorstehender Ausschüsse hat es natürlich eine Notwendigkeit, eine politische Notwendigkeit, auch gewisse Themen dringlich auf das Tapet zu bringen, jede Fraktion hat unterschiedliche Prioritäten, möglicherweise. Daher ist es notwendig, auch Dringliche abhalten zu können, um gewisse Themen zu thematisieren und die Motivenberichte selbst oder bzw. die Anträge im Regelfall bei den Dringlichen beziehen sich auf Koordinierungen, auf Aufrufe, was auch immer. Dieser ist halt schon sehr konkret, das muss man schon sagen in dieser Hinsicht. Aber grundsätzlich sind Dringliche ein gutes Instrument und vor allem auch ein wichtiges Instrument für die Opposition, das wir für absolut notwendig halten und da zeigt es auch ein bisschen von demokratie-politischem Verständnis, wenn man das einmal per se ein bisschen so ablehnt oder ins Nirwana führen will.

Zur Dringlichkeit selber, also ja, wir halten das Thema Wohnen auch für dringlich, ja, grundsätzlich. Wir haben natürlich in Graz im Vergleich zu Wien beispielsweise viel zu wenige Gemeindewohnungen, wir haben viel zu wenig Übertragungsbauten, grundsätzlich. Daher sehen wir dieses Thema als dringlich an, leistbares Wohnen generell, wie andere Fraktionen auch. Und was den Antragsinhalt betrifft, selbst, also das heißt, wo es in diese Richtung geht, das vor zwei Jahren zu evaluieren, dieses Datenmaterial aufzuarbeiten, also das würde ich auch für eine gute Gelegenheit halten, grundsätzlich einmal diese Daten abzufragen, das sich anzusehen, im Ausschuss zu bearbeiten, im Ausschuss zu diskutieren, aber dann in weiterer Folge zu einer nicht vorschnellen Entscheidung zu kommen.

Denn eines gebe ich schon zu bedenken, auch als Sozialsprecher und als ehemaliger Sozialreferent, weil in Innsbruck beispielsweise kann man sehen, welche Auswirkungen im sozialpolitischen Bereich möglicherweise eine Ausweitung mit sich bringt, nämlich, dass man viel mehr Menschen hat, die dann plötzlich auf der Straße stehen und die kommen dann auf der einen Seite raus, im Gemeindebau oder bzw. in der Antragstellung oder in der Warteliste. Auf der anderen Seite kommen Sie über den Sozialbereich wieder rein. Das bringt neben dem Menschlichen, Volkswirtschaftlich auch nicht sehr viel und daher werden wir diesem Antrag in dieser Form auch zustimmen. *(Applaus)*.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Frau Stadträtin Kahr, bitte.

Stadträtin Kahr:

Sehr geehrter Antragsteller, danke für den dringlichen Antrag. Warum? Ungeachtet, wie man zu diesem Thema steht, also, ob man jetzt für fünf Jahre ist oder nicht, ist eines. Eine Entscheidung über eine Änderung von Richtlinien der Vergaben für diese Gemeindewohnung ist nicht etwas, was man in einem Verwaltungsausschuss oder früher eben im Wohnungsvergabeausschuss, der Karl Dreisiebner ist eben schon länger dabei und früher haben wir solche Sachen eben im Wohnungsvergabeausschuss, aber jetzt ist richtig im Verwaltungsausschuss, diskutiert.

Sie werden sehen, wenn Sie wirklich diese Entscheidung jetzt schon treffen wollen, und viele Kolleginnen und Kollegen hier dieses Stück oder diese Vorlage ja nicht noch einmal kennen, dass man das nicht in einer Ausschusssitzung beschließen kann.

unverständlicher Zwischenruf

Stadträtin Kahr:

Nein, das ist ein großer Unterschied, weil alle Änderungen bei den Richtlinien in den letzten Jahrzehnten, auch unter der ÖVP, wie Sie zuständig waren für das Wohnungsressort, sind immer in Begleitung von Professor Gasser-Steiner erfolgt, und aus gutem Grunde. Weil man sich bei jeder Schraube und bei jedem Punkt, den man dreht, egal ob es da jetzt um eine Hauptwohnsitzmeldung geht oder um eine Punktequelle, weil die Vergaberichtlinien immer, vor allem in anderen Städten, oft auch als Instrument genommen werden, um die Warteliste runterzuschrauben. Weil ich brauche nur gewisse Punktequellen oder gewisse Kriterien ändern, erreiche ich sofort, dass viele aus der Warteliste rausfallen. Und mit jeder dieser Entscheidungen muss man wissen, was das bedeutet. Und das kann man nicht in einer Ausschusssitzung.

Noch einmal, das ist ganz unabhängig, wie man zu diesem Thema Hauptwohnsitzmeldung und wie lange das ist, und deshalb ist dieser Antrag nicht nur dringlich, sondern eigentlich überdringlich, weil wenn Sie das wirklich wollen in der kommenden Verwaltungsausschusssitzung schon durchführen, dann muss man das sagen, ist es eigentlich nicht seriös und ich weiß es von Jahrzehnten, also von den vorigen Amtsleitern, man hat uns immer davor gewarnt, so einen Schritt, was die Vergaberichtlinien betrifft, so schnell zu ändern.

Das geht, sehr oft dieser Schuss nach hinten und man trifft oft jene, die man gar nicht möchte. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Antragsteller, möchtest du das Wort?

Zwischenruf GR Mag. Frölich: Na.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Klaus Frölich, möchte er, muss dich enttäuschen. Vielen Dank an die Elke Kahr und an Michi Ehmann, insbesondere für die Darstellung, wie der Prozess 2014 bzw. beginnend 2013, bis es dann zur Beschlussfassung in Ausschuss und Gemeinderat gekommen ist, zu dieser damaligen Änderung, auch gegen die haben wir schon gestimmt. Wegen dieser Fristeneinführung und diese externe Begleitung, diese externe Datenaufbereitung, diese Darlegung vis-a-vis den Mitgliedern von Ausschüssen, egal von welchem, ja? Kollege Stöckler, das kann man unter Umständen, auf das kann man hinweisen, wenn sich jemand irrt, man kann auch einen Abänderer machen. Wenn das das einzige Argument ist, wenn das das einzige Argument ist, dass ihr eine Diskussion verhindern wollt und zwar außerhalb einer Blackbox.

Zwischenruf unverständlich

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Du bist nicht am Wort. Ich bin am Wort. Also genieß es einfach. Aber du kannst ja der Dringlichkeit zustimmen mit deiner Fraktion, dann darfst noch einmal kommen.

mehrere unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Die Thematik ist einfach die, ihr akzeptiert, liebe Kollegen und Kolleginnen von der ÖVP vor allem, ihr akzeptiert, dass hier eine Verschärfung scheinbar in petto ist und ideologisch-politisch gewollt ist. Ihr unterstützt das und ihr nehmt euch nicht einmal selber das Recht oder ihr wünscht euch nicht einmal das Recht, mehr Informationen zu erhalten. Das war das eigentliche Ziel meines Antrages. Das ist ein Thema, das ich...

unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

...ja, das ist auch ein Thema, das wie der Umgang mit Dringlichen wahrscheinlich etwas werden wird, was uns hier nicht gut tun wird, wenn wir in Ausschüssen nicht mehr ernsthaft diskutieren und wenn wir in Gemeinderatssitzungen nicht mehr diskutieren. Aber ich nehme das zur Kenntnis...

unverständliche Zwischenrufe

Ordnungsruf von Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte um Disziplin, danke.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

...aber ich nehme das jetzt zur Kenntnis, dass ich hier die Dringlichkeit und die Mehrheit nicht erreichen werde, und werde natürlich in den richtigen Ausschuss gehen, um dann dort die richtigen Fragen zu stellen. Vielen Dank. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Karl, net vergessen aufzeigen.

Es ist trotzdem sicherheitshalber, Gegenprobe. Wir wollen das ja ganz korrekt haben. Die Dringlichkeit ist nicht gegeben.

Die Dringlichkeit wurde gegen die Stimmen der Grünen, KPÖ, SPÖ und Neos abgelehnt.

E.6) Flächenwidmungsplan/verbesserte Information für BürgerInnen

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Und wir kommen zum nächsten Stück, nächsten dringlichen Antrag. Ich darf Gemeinderat Haßler herausbitten.

Gemeinderat Mag. Haßler:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuschauertribüne! Wir haben ja im letzten Gemeinderat, ich glaube, wir alle werden sagen, und endlich, den längeren Prozess der Änderung unseres Flächenwidmungsplanes und unseres Stadtentwicklungskonzeptes abgeschlossen. Und in Zusammenhang mit dieser über diesen Prozess, der über Jahre gegangen ist, ist doch aufgefallen, dass es da einige Ungereimtheiten gibt und einige Irritationen gibt. Im Konkreten geht es darum, dass es möglich ist, was viele bisher so nicht für möglich gehalten haben, dass eine Umwidmung passieren kann mit dem eigenen Grundstück, ohne dass ich selbst davon informiert werde und dass es dann oft nach Jahren erst zu bösen Überraschungen kommt.

Am Beispiel in Straßgang haben wir es gesehen, da ist ein ganzer Straßenzug in Planung gewesen. Von Wohngebiet in Gewerbegebiet umgewidmet zu werden und nur dem Zufall war es da zu verdanken, dass ein Bürger gerade ein Bauansuchen im Laufen hatte, wo eben gesagt wurde, das wird es in Zukunft nicht mehr geben, weil eben diese Umwidmung ansteht und dann ist man draufgekommen, dass über Graz verteilt, einige dieser Beispiele noch da waren und dementsprechend hat es auch dann zu Aufregung geführt.

Und aus Sicht unserer Fraktion ist das ein Umstand, der keinesfalls so bleiben darf, weil wir davon überzeugt sind, dass Bürgerinnen und Bürger das Recht darauf haben zu erfahren, was mit ihrem Grundstück geplant ist, und dass diese Information von Seiten der Behörden in Zukunft auch aktiv erfolgen muss. Weil ich glaube, es kann nicht sein, ich habe noch ein anderes Beispiel sogar in meinem eigenen Bekanntenkreis, wo jemand nach Jahrzehnten, also wirklich nach über 10 Jahren, draufgekommen ist, dass die letzten zwei Häuser eines Straßenzuges plötzlich jetzt im Industriegebiet sind und dass er nicht mehr die Möglichkeit hat, auf dem eigenen Grundstück, was vom Platz her möglich wäre, für die Kinder irgendwas zu errichten.

Also das sind Dinge, ich glaube, das soll es in Zukunft nicht mehr geben, weil da geht es darum, dass die Betroffenen zumindest das Recht haben müssen, ihre Einsprüche vorzubringen und auch dementsprechend gegen eine solche Umwidmung, wenn sie negativ betrifft, auch ihre Argumente anzubringen. Ein weiterer Umstand, der, glaube ich, auch vielen im betroffenen Ausschuss aufgefallen ist und für die Bürgerinnen und Bürger noch schwerer nachvollziehbar ist, ist eben die Sachlage, dass die Änderungen schwer gesamtheitlich nachvollziehbar sind, weil es keine guten Differenzpläne gibt.

Man sieht zwar im Ausschuss ein bestimmtes Grundstück Ist-Zustand/Soll-Zustand, aber man hat auch als Mandatar nicht die Möglichkeit, das gesamte Stadtgebiet zu überblicken, was jetzt da an Änderungen und Differenzen geplant ist. Und ich glaube, da wäre es auch sinnvoll, und da haben wir jetzt noch genug Zeit bis zur nächsten Revision, sich Gedanken zu machen, wie man solche Differenzpläne gut aufbereitet und auch online zur Verfügung stellt. Auch in den Bezirksämtern auflegt, damit auch die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, mit einem raschen Blick zu sehen, was sich im Umfeld ändert.

Deshalb darf ich namens meiner Fraktion den dringlichen Antrag stellen: Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz mögen im Sinne des Motivenberichtes beauftragt werden zu prüfen, inwieweit die Information und Transparenz in Zusammenhang mit Flächenwidmungsplan-Änderungen dahingehend verbessert werden kann, dass a) BürgerInnen dann, wenn sie von Änderungen, die sie nicht selbst beantragt haben, betroffen wären, von Amts wegen schriftlich davon in Kenntnis gesetzt werden verbunden mit dem Hinweis, wo sie weitergehende Informationen über die geplanten Änderungen erhalten können, um ihre Parteienrechte, wenn gewünscht, wahrzunehmen und b) sowohl online als auch in den jeweiligen Bezirksämtern eine nachvollziehbarere, übersichtlichere planliche Gegenüberstellung von Ist-Zustand und vorgesehenen/beantragten Änderungen zur Verfügung zu stellen. Dem Gemeinderat ist bis zur Gemeinderatssitzung im September 2017 ein entsprechender Bericht für weitere Beratungen vorzulegen. Ich ersuche um Annahme. *(Applaus)*

*Gemeinderat Mag. Haßler stellt namens der sozialdemokratischen Gemeindefraktion den **dringlichen Antrag**:*

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz mögen im Sinne des Motivenberichtes beauftragt werden zu prüfen, inwieweit die Information und Transparenz in Zusammenhang mit Flächenwidmungsplan-Änderungen dahingehend verbessert werden kann, dass

- a) Bürgerinnen dann, wenn sie von Änderungen, die sie nicht selbst beantragt haben, betroffen wären, von Amts wegen schriftlich davon in Kenntnis gesetzt werden, verbunden mit dem Hinweis, wo sie weitergehende Informationen über die geplanten Änderungen erhalten können, um ihre Parteienrechte, wenn gewünscht, wahrzunehmen und*
- b) sowohl online als auch in den jeweiligen Bezirksämtern eine nachvollziehbarere, übersichtlichere planliche Gegenüberstellung von Ist-Zustand und vorgesehenen/beantragten Änderungen zur Verfügung steht.*

Dem Gemeinderat ist bis zur Gemeinderatssitzung im September 2017 ein entsprechender Bericht für weitere Beratungen vorzulegen.

Vorsitzwechsel – Stadtrat Hohensinner, MBA, übernimmt den Vorsitz.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Danke Herr Gemeinderat. Wer möchte zur Dringlichkeit sprechen? Bitte, Frau Gemeinderätin.

Gemeinderätin Ussner:

Ich werde mich kurz halten diesmal. Der Flächenwidmungsplan ist zwar gerade beschlossen worden, aber wir sehen eben die Dringlichkeit aus folgenden Gründen trotzdem gegeben: Graz hat ein großes Verbesserungspotential, was die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger und Bürgerinnen angeht. Und mehr Transparenz über Projekte und Veränderungen schafft einfach auch mehr Partizipationsmöglichkeiten. Da so eine Umstellung aber ein langer Prozess ist, sehen wir es nur als sinnvoll an, so früh wie möglich zu beginnen und einen solchen Prozess jetzt einzuleiten. Wir würden uns jedoch auf schwerwiegende Umwidmungen, wie z.B. Wohngebiet auf Gewerbe und Industriefläche oder Grünraum auf Wohngebiet, fokussieren. Ja danke. *(Applaus)*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Danke, Frau Gemeinderätin. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Ehrenklubobmann Peter Piffel-Percevic.

Gemeinderat Dr. Piffel-Percevic:

Herr Vorsitzender! Hoher Gemeinderat! Ja, wir haben einen durchaus interessanten dringlichen, Überschrift dringlichen Antrag vor uns liegen. Schlussfolgerung vorweggenommen, damit Sie wissen, worauf mein Resümee hinausgeht. Für uns aber heute hier nicht dringlich. Begründung: Wir haben soeben mit großer, leider nicht mit gesamthafter Mehrheit hier die Revision des Flächenwidmungsplanes beschlossen. Die ist wiederkehrend fünf/zehn Jahre vorzunehmen.

Das heißt, dass nächste große Verfahren, Kollege Haßler, das wir vor uns haben, wo das alles eine Rolle spielt, liegt weit vor uns. Jetzt müssen wir noch diese Phase zu Ende bringen. Richtig ist, dass wir alle diese Erfahrungen gemacht haben, dass Grundeigentümer ganz konkret die im Wohngebiet, reinen oder allgemeinen Wohngebiet, wohnend an das Gewerbe vom Gewerbegebiet umzingelt sind, in einer besonderen Situation leben, da die Wirtschaft muss auch Platz haben in Graz. Wir müssen den Raum ordnen und da ist eine Erweiterung des Gewerbegebietes nach den geltenden rechtlichen Bestimmungen nicht individuell verständigungspflichtig. So ähnlich wie bei einem Gewerbe oder bei einem größeren Bauvorhaben ja auch nicht jeder Nachbar verständigt werden muss, sondern im Ediktverfahren, das stattfindet. Auch hier, wir hatten ja zweimal einstimmige Beschlüsse, erinnere mich gern an diese Zeit zurück, als die Kommunisten noch Verantwortung mittragen wollten...

Zwischenruf: ...seit über zwanzig Jahren.

Gemeinderat Dr. Piffel-Percevic:

Wir hatten da zweimal einstimmige Beschlüsse, die dann zur Auflage geführt haben. Gewiss das Recht, die Rechte vom Eigentum, sind ein hohes Gut in unserem Staat und wir sind gerne bereit, Kollege Haßler, eingehend darüber im Ausschuss zu diskutieren, wenn der Prüfbericht der Abteilungen uns vorliegt. Ich verbürge mich dafür, und auch wenn die Sache nicht dringlich ist, letzte Worte, ist der, gilt dieser Antrag als einfacher Antrag, das heißt, die Prüfung durch die zuständigen Abteilungen ist damit ins Gehen gebracht worden und wir warten dann gerne auf den Bericht und diskutieren ihn gerne mit euch. Danke. *(Applaus)*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Gemeinderat Lohr.

Gemeinderat Ing. Lohr:

Hoher Gemeinderat! Lieber Antragsteller! Ich kann mich auch kurzfassen für die Freiheitlichen. Der Ausschussvorsitzende Piffel-Percevic hat es ja gut zusammengefasst. Dringlich ist der Antrag wohl nicht. Nächster Flächenwidmungsplan in dieser Größe wird erst in fünf bis zehn Jahren auf uns herankommen, auf uns zukommen. Auch der Vorwurf der mangelnden Information ist schon zurückzuweisen, weil es hat doch 12 Bürgerveranstaltungen gegeben, es waren zwei Auflagen, es war eine Anhörung. Also die Bürger, die es interessiert, die konnten diese Information abrufen. Auch ein Grundstückseigentümer hat gewisse Pflichten, das gehört natürlich dem Eigentümer auch aufgebürdet.

Dann muss man auch dazu sagen, das Ganze fußt ja in einem Landesgesetz, ob sich da Graz dann als einzige Stadt herauslehnt und da eine weitere Informationsschiene aufmacht, das müssen wir uns auch gut überlegen. Es waren zweieinhalbtausend Einwender, die ohnehin mit RSb-Brief jetzt verständigt werden. Wenn wir jetzt alle Grundstückseigentümer in Graz dann verständigen wollen, was das dann für das Magistrat, für die Beamtschaft heißt, also da können wir auch unsere Kollegen im Magistrat nicht ganz alleine lassen, weil das ist ein wahnsinniger Aufwand. Als Nächstes kommen dann wahrscheinlich die Mieter auch noch, auch die Mieter wollen dann wahrscheinlich informiert werden. Also wir sehen das auch nicht dringlich, wobei wir gerne im Ausschuss natürlich auch mit den Abteilungsvorständen und der Stadtplanung darüber sprechen werden. Dringlichkeit bitte ablehnen. *(Applaus)*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Gibt es jetzt weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Jetzt komme ich zur Frage, ob es ein Abschlusswort gibt?

Gemeinderat Mag. Haßler:

Mit Sicherheit, ja. Gleich einmal zum Kollegen von der FPÖ, der scheint den Antrag nicht richtig gelesen hat oder hat er ihn nicht sinnerfassend verstanden, das kann ich jetzt nicht nachvollziehen.

unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Mag. Haßler:

Weil du davon ausgehst, dass jetzt alle irgendwo verständigt werden müssen. Ich habe ausdrücklich gesagt, es geht um die, die keinen Antrag gestellt haben und wo ohne ihr Wissen eine Veränderung stattfindet.

Zwischenruf Ing. Lohr: Das sind einige Tausend!

Gemeinderat Mag. Haßler:

Und ich hoffe nicht, wenn das einige Tausend sind, ist das Problem viel größer, als ich bisher geglaubt habe. Bisher habe ich geglaubt, dass es nur eine wenige sind, dass es einige Tausend sind, ist es noch viel dringlicher das Problem, als das jetzt dargestellt wurde. Weil eines muss auch klar sein... *(Applaus)*

...die nächste Flächenwidmungsplan-Revision ist vielleicht erst in einem Jahrzehnt, aber wir haben laufend Änderungspakete. Also das nächste Paket wird in einem Jahr sein und ich glaube schon, dass da Handlungsbedarf ist, weil es wirklich nicht sein kann, dass ich per Zufall draufkomme irgendwann einmal, dass sich meine Rechte auf meinem Grundstück gravierend verändert haben und da bin ich bei der Kollegin der Grünen. Natürlich geht es nur um diese Dinge, wo gravierende Änderungen stattfinden, die dann meine Nutzbarkeit des Grundstückes extrem einschränken, also das wird/sollte eigentlich nicht so viele Fälle betreffen, weil es einige Tausend sind, dann glaube ich, ist es umso dringlicher.

Und wenn du sagst, zwölf Bürgerveranstaltungen und ich war bei einer, da waren drei Bezirke geladen mit ca. 40.000 Einwohnern. Vierzig davon konnte ich dort begrüßen und ich wünsche uns allen viel Spaß, wenn alle ihre Rechte wahrnehmen.

Wenn wir das nämlich hinaustragen stärker, dass jeder bitte aufpassen muss, weil mit seinem Haus könnte was passieren oder mit seinem Grundstück, dann haben wir plötzlich vielleicht 100.000 Bürger bei Veranstaltungen, dann brauchen wir nicht mehr zwölf, dann brauchen wir tausende Veranstaltungen und das wird auch ein großer Verwaltungsaufwand sein.

Und ich glaube, dass es sinnvoller ist, den Menschen eine Sicherheit zu geben, wenn etwas passiert, was von Amtswegen gewünscht wird, dann bekomme ich eine Verständigung. Dann weiß ich, dass ich mich darum kümmern muss und ich glaube, dass das der sinnvollere Weg ist, das so zu beschreiten.

Aber ich habe vom Kollegen Pifffl mitgenommen, dass ja der Bericht dann auch als einfacher Antrag wird es einen Bericht geben, dass der im Ausschuss besprochen wird und ich gehe jetzt einmal davon aus, dass wir uns alle einig sind, dass das etwas ist, was geändert werden soll und deshalb ist mir das Maß schon, ob dringlich oder nicht dringlich, ist eigentlich egal. Mir geht es darum, dass etwas verändert wird. Danke. *(Applaus)*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Somit kommen wir jetzt zur Abstimmung der Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe, wer ist gegen die Dringlichkeit? Die Dringlichkeit ist mehrheitlich abgelehnt.

Die Dringlichkeit wurde gegen die Stimmen der Grünen, KPÖ, SPÖ und Neos mehrheitlich abgelehnt.

E.7) Verzicht auf die Lustbarkeitsabgabe bei Maturabällen und ehrenamtlichen/gemeinnützigen Veranstaltungen

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag. Und zwar auch von der SPÖ, von Gemeinderätin Anna Robosch. Thema: Verzicht auf die Lustbarkeitsabgabe bei Maturabällen und ehrenamtlichen bzw. gemeinnützigen Veranstaltungen.

Gemeinderätin Robosch:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Eine junge und eine moderne Stadt wie Graz lebt davon, dass viele Initiativen, viele Vereine und vor allem Einzelpersonen sich aktiv in das kulturelle Leben von Graz einbringen. Vor allem im Sommer ist es die Vielfalt von Konzerten, Open-Air-Veranstaltungen, Filmvorführungen, Kunst- und Designevents und anderen Dingen, die unsere Stadt so lebenswert und lebendig machen. Viele dieser Veranstaltungen werden aber ehrenamtlich verrichtet. Nicht unwahrscheinlich, dass viele von Ihnen nicht auf ein relevantes Eventbudget zugreifen können und dass manchmal auch Privatpersonen mit privaten Mitteln Dinge realisieren, von denen sie träumen.

Ich finde die Aufgabe der Politik darf nicht sein, dass dieses Engagement von Grazerinnen und Grazern verhindert wird, sondern man muss sie bestärken in ihrem Engagement und dieses auch wertschätzen. Ich finde die Lustbarkeitsabgabe ist eines dieser Dinge, die sehr wohl Sachen verhindert, anstatt sie zu bestärken. Wir haben schon letztes Mal angeführt, die Rosa-Lila-Pantherinnen sind einer dieser Vereine, die sehr viel bieten für Graz.

Nicht nur Charity-Events wie den Tuntenball oder den CSD, sondern auch Bildungsprogramme und sie zahlen jährlich mehr an die Stadt Graz als sie an Förderung herausbekommen. Aber viele in diesem Raum können vielleicht mehr mit Maturabällen anfangen, viele haben Bekannte, Neffen und Nichten, die Maturabälle ausrichten. Und Eltern und vor allem auch junge Erwachsene sehen sich da oft mit hohen finanziellen Ausgaben verbunden und wollen diesen Abend eigentlich nur genießen.

Deswegen stelle ich im Sinne einer lebendigen, kulturell bereicherten und weltoffenen Stadt den dringlichen Antrag, die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen beauftragt werden zu prüfen, ob, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Auswirkungen ein Entfall der Lustbarkeitsabgabe für Maturabälle sowie ehrenamtliche und/oder gemeinnützige Tanzveranstaltungen durchgeführt werden kann. Dem Gemeinderat soll bei der nächsten Sitzung darüber Bericht erstattet werden. *(Applaus)*

*Frau Gemeinderätin Robosch stellt im Sinne einer lebendigen, kulturell bereicherten und welt-offenen Stadt daher den **dringlichen Antrag**, die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen beauftragt werden zu prüfen, ob, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Auswirkungen ein Entfall der Lustbarkeitsabgabe für Maturabälle sowie ehrenamtliche und oder gemeinnützige Tanzveranstaltungen durchgeführt werden kann. Dem Gemeinderat ist bei der nächsten Sitzung darüber Bericht zu erstatten.*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Danke, Frau Gemeinderätin. Wer hat jetzt Lust, eine Wortmeldung abzugeben zur Dringlichkeit?

Bitte, Thomas. Herr Gemeinderat Rajakovics.

Gemeinderat Rajakovics:

Ja, liebe Kollegen! Grundsätzlich weiß ich, dass es, auch als Vater der jetzt schon einzahlt für den Maturaball in eineinhalb Jahren, so er dann auch stattfindet, nein, stattfinden wird er schon, aber ob ich das Geld wieder zurückbekomme oder dort auch mittanze, das werden wir erst sehen. Maturabälle sind eine teure Sache, insgesamt eine teure Sache für die Kinder, aber es liegt in ihrem Verantwortungsbereich, in welchem Rahmen und wie groß und wie aufwändig sie so etwas feiern wollen.

Also ich denk mir schon, dass da auch vielleicht auch die Eltern oder auch zum Teil wieder die Schülervereine einmal aufgefordert sind, auch Vorgaben von Direktionen etc. zu hinterfragen, ob man im Kongress oder unbedingt in der Stadthalle etwas feiern muss, oder ob es Lokalitäten gibt, wo dann unterm Strich mehr überbleibt, vor allem dann, wenn man tatsächlich gemeinsam eine Maturareise machen will. Die Maturabälle an sich sind jetzt keine Veranstaltung, die wie die anderen, die du angeführt hast, quasi im Charity-Bereich sind, wo man sagt, naja, jemand veranstaltet eine Tanzveranstaltung, eine Musikveranstaltung, wo etwas hereinkommen soll für einen guten Zweck.

Das heißt, wir haben eine Lustbarkeitsabgabe, eine der wenigen Abgaben, die die Stadt Graz einnehmen kann oder wo sie selbst gestalten kann. Und diese Lustbarkeitsabgabe zu erlassen, wäre aus Sicht aller, die sie zahlen müssen, immer behaftet mit dem Problem, dass es ungerecht ist. Noch dazu haben wir uns als Stadt Graz dazu eigentlich verpflichtet, dass wir innerhalb der Stadt die Einnahmen, jeweils wenn es uns notwendig erscheint, durch einen Beschluss oder einen Antrag dann auch wieder refundieren. Deshalb ist zum Beispiel, die Rosa-Lila-Panther kommen in den Genuss von € 14.900 Refundierung für Abgaben, zum Beispiel auch der Lustbarkeitsabgabe für ihre Veranstaltungen, wenn sie für einen guten Zweck sammeln. Das gibt es immer wieder. Dann gibt es einen Subventionsantrag, der diese Kosten, die eingenommen worden sind, refundiert, damit man aber offen lässt, was ist jetzt von Seiten der Stadt Graz gefördert und was ist nicht gefördert worden.

Wenn wir die Lustbarkeitsabgabe generell streichen, würden wir auf rund eine Million Euro verzichten. Ob wir das wollen oder nicht, müssten wir dann extra einmal diskutieren. Faktum ist aber, wir würden uns selbst in allen Diskussionen, die wir auch mit Gebietskörperschaften über uns, nämlich auch mit dem Land und dem Bund, führen, natürlich schneiden. Heute haben wir schon geredet vom öffentlichen Verkehr. Wir sagen, die sollen uns endlich ein Geld dazugeben, weil wir haben als Stadt Graz nicht so viel und dann sagt das Land oder der Bund sofort, na Freunde, ihr habt ja sogar auf die Lustbarkeitsabgabe verzichtet. Ich meine, wenn ihr so viel Geld habt, dass ihr streichen könnt einfach die Abgaben, die ihr einnehmen könnt, ja dann braucht ihr von uns eh kein Geld.

Also, solche Abgaben einfach nicht einzuheben, ist grundsätzlich möglich per Beschluss, wenn wir darauf verzichten. Dann müssten wir es aber für alle machen. Wir können nicht sagen, ok, die zahlen, die zahlen nicht, ist auch eine Gratwanderung. Was wir können ist, und das nehmen auch Vereine in Anspruch, eben auch die Rosa-Lila-Panther, man kann um eine Subvention ansuchen, gerade auch in Hinblick auf die Kosten, die durch die Stadt entstehen, oder die durch die Auflagen der Stadt entstehen und die bekommt man dann refundiert. Das machen einige Veranstalter gerade auch bei Veranstaltungen, wo es um einen guten Zweck geht, wo man sammelt.

Aber generell die Lustbarkeitsabgabe gerade für bestimmte Gruppen herauszunehmen, davor kann ich nur warnen, eben in zweifacher Hinsicht, in unserer Stellung gegenüber den Gebietskörperschaften bei Budgetverhandlungen oder bzw. bei Finanzausgleichverhandlungen, aber auch in Hinblick auf den Gleichheitsgrundsatz, der gelten muss.

Ordnungsruf durch Stadtrat Hohensinner, MBA: Bitte auf die Zeit achten.

Gemeinderat Rajakovics:

Ja. Deshalb werden wir der Dringlichkeit in dem Fall nicht folgen. Was wir aber einmal diskutieren können ist, ob es in irgendeiner Form auch eine Refundierung im Bereich der Maturabälle geben soll. Ob das für uns ähnlich gelagert ist wie eine Veranstaltung der Caritas, wo gesammelt wird für Obdachlose oder für andere. Da bin ich halt sehr im Zweifel, ob das nicht junge Leute für sich entscheiden sollten, eher eine Veranstaltung auf einem anderen Niveau, auch von anderen Kosten zu machen und damit die im Schnitt rund € 1.200, die wenn man dann Kongresskosten oder Ähnliches zusammenrechnet, wahrscheinlich nicht die Hauptkosten sind, dass sie die sich dann doch leisten können. Danke. *(Applaus)*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Danke, Her Gemeinderat. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Gemeinderätin Pavlovec-Meixner.

Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kurt! Liebe Gäste auf der Galerie! Ich habe mir heute früh überlegt, wer überhaupt jemals auf die Idee gekommen ist, Vergnügen für Menschen zu besteuern? Und habe mir das dann näher angeschaut, wie die Situation aussieht in Österreich und habe dann eben das Beispiel Wien gefunden, das sich entschlossen hat, nachdem das kleine Glücksspiel ja verboten war und dort die Einnahmen enorm zurückgegangen sind, nämlich von 52 Millionen Euro auf 8 Millionen Euro, sich einmal anzuschauen, was die Lustbarkeitsabgabe überhaupt bringt, ja? Und die sind zu dem Schluss gekommen, dass die Verwaltungskosten enorm hoch sind und haben dann für sich beschlossen, dass sich das einfach nicht rechnet.

Und ich glaub auch, dass man sich in Graz das anschauen sollte, ja? Du hast mir jetzt gesagt, es sind 1 Million Euro, man sollte sich einmal anschauen, wie hoch die Verwaltungskosten sind und ich glaube ganz grundsätzlich, ja, dass das auch gerade bürokratische Erschwernisse, gerade für kleine Wirtschaftstreibende, erleichtern würde, wenn wir einmal überlegen würden, ob wir weiterhin, ich nehme jetzt explizit das Glücksspiel aus, aber ob wir weiterhin diese Lustbarkeitsabgabe einheben wollen? Wenn wir das gegenüberstellen dessen, was die Verwaltung die Stadt kostet und gerade auch in Hinblick auf Wirtschaftstreibende. Das heißt, wir unterstützen natürlich den dringlichen Antrag von der SPÖ, möchten aber auch anregen, sich vielleicht einmal seitens der ÖVP das Grundsätzliche anzuschauen, wie man mit dem Thema umgeht und sich vielleicht auch anzuschauen, wie das in Wien gemacht wurde.

Danke. *(Applaus)*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Ganz kurz, um das sehr schnell zu beantworten. Es gibt auch eine Anfrage, was der Entfall ausmachen würde, und zwar genau € 58.000. Nur dass du schnell auch eine Antwort bekommst.

unverständliche Zwischenrufe im Hintergrund

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Genau. Das, was die Frau Gemeinderätin angesprochen hat, was eine andere Stadt scheinbar da entfallen hat lassen.

unverständliche Zwischenrufe im Hintergrund

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Ja, ja, sicher. Aber bei uns würde der Verwaltungsaufwand € 58.000 ausmachen.

Gut, zu Wort gemeldet hat sich ebenso Gemeinderat Swatek. Bitte.

Gemeinderat Swatek, BSc:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuseher und Zuseherinnen auf der Tribüne! Für mich ist es auch unvorstellbar, wie man als Stadt auf die Ideen kommen kann, Spaß zu besteuern. Um das Ganze ein bisschen aufzurollen, möchte ich ein bisschen weiter gehen als die Kollegin der SPÖ, weil mir ehrlich gesagt das ein bisschen zu wenig ist. Die Stadt besteuert alle Tanzveranstaltungen, alle Clubbings, alle Kinobesuche und alle pratermäßigen Veranstaltungen. Und ich sehe einfach nicht ein, weshalb man Spaß besteuern sollte. Und das sehe eben nicht nur ich so, das sieht zufälligerweise auch die ÖVP in Wien so und die ÖVP in Innsbruck so. Und ich habe auch Aussendungen des Wirtschaftsbundes gefunden, die immer wieder bestätigen, wie schlecht die Lustbarkeitsabgabe für die Wirtschaft ist, weil es Groß- und Kleinveranstalter halt mit Bürokratie auferlegt.

Und genau das ist ein Punkt, weshalb ich auch der Meinung bin, dass, wenn man die Wirtschaft stärken will in Graz, weil wenn man es für die Freizeitszene machen will in Graz, Lustbarkeitsabgabe abschaffen sollte. Ich bin auch der Meinung, dass wir nur die Punkte laut Lustbarkeitsabgabe § 2b, c, d, abschaffen sollten, das heißt also, dass es für Glücksspiel und alle erotischen Veranstaltungen erhalten bleiben sollte. Genauso hat es auch die Stadt Feldbach in der Steiermark bereits gemacht.

Das heißt, wir haben bereits ein Beispiel nach der Stadt Wien, sogar in der Steiermark mit Feldbach, wo das funktioniert und wo die Feldbacher auch sagen, dass das gut funktioniert. Und insofern möchte ich auch noch was zu der Wortmeldung des Kollegen der ÖVP sagen.

Ich bin auch der Meinung, dass man nicht nur für Maturabälle das abschaffen sollte, und ich bin aber nicht der Meinung, dass man kompliziert mit Refundierungsanträgen, Subventionsanträgen herumgehen sollte, weil es ist halt wieder einfach nur Bürokratie, die alle Grazerinnen und Grazer noch zusätzlich zur Steuer belastet, und damit leidet schlicht und einfach die Freizeitszene in Graz, damit leidet jede Tanzveranstaltung, jeder Ball, jedes Clubbing und auch jede pratermäßige Veranstaltung wie die Herbstmesse. Und insofern bitte ich alle darum, dem Antrag zuzustimmen. *(Applaus)*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Danke, Herr Gemeinderat. Ich möchte nur das Gesagte korrigieren. Das war eine verkürzte Antwort. Und zwar die Einnahmen betragen je nachdem, das schwankt immer ein bisschen zwischen € 800.000 und € 900.000 pro Jahr und der Vollzugaufwand, und den hat die Frau Gemeinderätin, glaube ich, auch gemeint, der beträgt € 80.000 im Jahr. Also das ist, wenn man das gegenrechnet, sind da schon sehr viele Einnahmen auch vorhanden. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat.

Gemeinderat Hötzl:

Ja, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Antragstellerin! Das mit der Gratis-Gesellschaft ist sicher eine lustige Geschichte. Ein billiger Wählerstimmenkauf vielleicht auch. Ich weiß schon, ihr schwimmt in der Bedeutungslosigkeit, versucht der davonzuschwimmen, aber das ist halt sehr billig. Der Kollege Swatek von den Neos, der Neo, hat das letztes Mal schon probiert mit, auch mit der Gratis-Gesellschaft sozusagen, dass man für öffentliche Plätze nichts mehr verlangen sollte. Nur so funktioniert es halt leider nicht, gell? Wenn man, wie wir jetzt gehört haben vom Herrn Stadtrat Hohensinner, wenn wir da einen Abgang verursachen würden von € 800.000, zirka, sag ich einmal, also € 850.000, irgendwer zahlt es ja nachher eh wieder. Also entweder zahlen sie aus der Solidarität heraus irgendeine andere Steuer, die wieder raufgeht, oder wir nehmen es bei der Bank auf, bei den Kreditinstituten auf, dann haben wir halt mehr Schulden. Also aus irgendeiner Ecke werden wir dieses Loch wieder stopfen müssen. Und wenn das Schule macht, nachher werden wir nach der Reihe halt immer mehr und mehr abschaffen und alles gratis und billig machen.

unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Hötzl:

Ich weiß es nicht, ob das der richtige Weg ist. Ja, muss man vielleicht wirklich überlegen. Und beim Finanzausgleich, der Kollege Rajakovics hat es gut erwähnt, beim Finanzausgleich, nachher wird es halt die uns übergeordnete Gebietskörperschaft, Land oder Bund, auch sagen, ihr habt genug Geld, was wollt mit uns überhaupt verhandeln? Ihr schenkt eure Einnahmen oder eure potenziellen Einnahmen in dem Fall nachher, ihr schenkt das her und wollt auf der einen Seite Geld haben? Mit welchem Argument verhandelt man dort dann weiter? Also von uns kann da keine Zustimmung kommen, deshalb ein Nein. Danke. *(Applaus)*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wünscht die Antragstellerin ein Schlusswort? Das ist der Fall, bitte.

Gemeinderätin Robosch:

Danke für alle unterstützenden Wortmeldungen zu diesem Thema. Ich möchte trotzdem noch kurz darauf eingehen. Man soll doch jungen Erwachsenen sagen oder ihnen nahelegen, nicht in den Kongress oder in eine andere teure Location zu gehen, das finde ich vor allem lustig oder ironisch eigentlich, weil der Congress ja eine stadtnahe Liegenschaft ist, für die die...

Zwischenruf GR Rajakovics: Aber eine teure.

Gemeinderätin Robosch:

Nein, natürlich eine teure, aber man könnte ja eigentlich darüber nachdenken, anstatt dass man komplizierte Refundierungsmechanismen einsetzt, dass man einfach hergeht und Förderungen auszahlt und zum Beispiel an Charity-Events oder an andere gemeinnützige Events diese Liegenschaften auch billiger hergibt. Anstatt dann kompliziert etwas wieder rückzahlen zu müssen, was man erst hergegeben hat.

Zum anderen, von wegen zum Thema man muss, man kann ja nicht argumentieren, man möchte vom Land Geld und auf der anderen Seite spart man Geld in Graz oder verliert man Geld in Graz. In meiner Recherche zur Lustbarkeitsabgabe, die ja auch im Landesgesetz verankert ist, gibt es sogar vom Land eine Vorlage, die für Gemeinden vorliegt, welche Vereine und welche Veranstaltungen zum Beispiel bei der Lustbarkeitsabgabe entfallen sollen.

Und diese Vorlage, die Gemeinden freisteht zu beschließen, nimmt auch gemeinnützige Vereine ein. Zum Thema, was meine grüne Kollegin und da auch der Niko angesprochen hat, mir geht eigentlich es auch zu wenig weit, für den ersten Schritt würde ich auch gerne nur Matrabälle und gemeinnützige Dinge abschaffen, aber ich hätte auch gerne die Diskussion darüber, wie hoch der Verwaltungsaufwand wirklich ist und es gibt mehrere Beispiele, nicht nur Wien, die sich das angeschaut haben und die dann am Ende gesagt haben, mit allen anderen Verwaltungsaufgaben ist es einfach eine Steuer, die sich nicht rechnet und deswegen würde ich auch dazu plädieren, dass man das im ersten Schritt den gemeinnützigen Veranstaltungen zusteht und im weiteren der gänzlichen Abschaffung der Lustbarkeitsabgabe. *(Applaus)*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Ich möchte nur trotzdem ergänzen, was der Verwaltungsaufwand ist. Das haben wir auch erfragt und diese Summe habe ich auch hier gesagt. Der ist nämlich € 80.000. Soviel zu dem.

Ich komme jetzt zur Abstimmung der Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe, wer ist gegen die Dringlichkeit? Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt.

Die Dringlichkeit wurde gegen die Stimmen der SPÖ, KPÖ, Grünen und Neos abgelehnt.

E.8) Sommer-Programmier- und Technikkurse für Kinder und Jugendliche

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Ich komme somit zum letzten dringlichen Antrag. Der kommt von Niko Swatek von den Neos, betrifft Sommer-Programmier- und Technikkurse für Kinder und Jugendliche.

Gemeinderat Swatek, BSc:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Und noch einmal ein herzliches Grüß Gott an alle Zuseherinnen und Zuseher!

Mit der stetigen fortschreitenden Digitalisierung und neuer Technologien ist dieser Bereich aus unserem Job- und Alltagsleben nicht mehr wegzudenken. Und ich bin überzeugt davon, dass Kinder und Jugendliche von heute Morgen in Jobs arbeiten werden, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können und auf die sie heute noch gar nicht ausgebildet werden.

Zwölf europäische Länder haben bereits reagiert auf die Digitalisierung und haben Programmieren als Fach in den Lehrplänen verankert. Sieben weitere sind gerade dabei. In Österreich hinken wir mit der Vermittlung von neuen Technologien in unseren Schulen hinterher, wobei aber genau das Programmieren als wichtige Sprache der Zukunft großen Einfluss auf das zukünftige Leben der heutigen Kinder und Jugendlichen hat.

Ich möchte kurz aus der Agenda 22 zitieren, dem Regierungsüberabkommen. Da steht drinnen: Zusätzlich fordern wir von Bund und Land die Möglichkeit, der Einführung des Schulfaches digitale Kompetenzen in einem Schulversuch zu erproben. Und genau da hängt es ja derzeit, auf Bundesebene, dass man nicht bereit ist, da Reformen anzugehen und ich finde, man sollte als Stadt, die in der Verantwortung ist für die Kinder und Jugendlichen, die hier leben, auch die ersten Schritte setzen, auf die Digitalisierung einzugehen und sich nicht einfach auf Bund und Land hinausreden. Und deswegen würde ich gerne in den Sommermonaten Programmier- und Technikkurse anbieten. Das soll in etwa so ablaufen wie die derzeitigen Sportsommerkurse, die es bereits gibt.

Und als gutes Beispiel und dass man da auch auf eine Menge Know-how in Graz bereits zurückgreifen können, ist da zum Beispiel die Initiative der TU Graz „Computer und Mädchen“. Da werden in zweiwöchigen Kursen auf spielerische Weise der Umgang mit dem Computer nähergebracht und dadurch erlangen halt die Teilnehmerinnen tiefere Einblicke in die Technik und Wissenschaft und gehen danach angeblich mit einem gesteigerten Selbstvertrauen in Bezug auf ihre technischen Fähigkeiten heraus. Und ich glaube, dass wir als Stadt Graz auf die Digitalisierung reagieren sollten. Das steht auch im Regierungsübereinkommen und dass wir als Stadt auch die Möglichkeit hätten, solche Kurse anzubieten und genau da möchte ich hin. Und deswegen stelle ich den Dringlichkeitsantrag, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, ob die Einführung von Programmier- und Technikkursen für Kinder und Jugendliche in den Sommermonaten gemäß Motivtext möglich wären. Dies könnte ähnlich wie bei derzeit von der Stadt angebotenen Sportkursen geschehen. *(Applaus)*

*Gemeinderat Swatek, BSc, stellt im Sinne einer innovativen und mutigen Stadt, die bereits heute ihre Kinder und Jugendliche bestmöglich auf ihre Zukunft vorbereiten möchte, daher gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den **dringlichen Antrag**, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, ob die Einführung von Programmier- und Technikkursen für Kinder und Jugendliche in den Sommermonaten gemäß Motivtext möglich wäre. Dies könnte ähnlich wie bei den derzeit von der Stadt angebotenen Sommersportkursen geschehen.*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Danke, Herr Gemeinderat. Wer möchte sich zur Dringlichkeit zu Wort melden? Bitte, Herr Gemeinderat.

Gemeinderat Wagner:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werter Antragsteller! Die Digitalisierung schreitet voran, das ist sicher nicht von der Hand zu weisen. Und auch wir sind da sicher sehr bemüht, dass unsere Jugendlichen und Kinder auf die Zukunft vorbereitet werden, bestmöglichst vorbereitet werden, das heißt, vom Inhalt sind wir uns einmal auf jeden Fall einig. Aus persönlicher Erfahrung kann ich aber sagen, das ist nicht neue Technologie, sondern für unsere Jugendlichen und Kinder ist das schon ein Alltag. Die sind täglich damit konfrontiert und somit ist genauso auch der Dringlichkeit zuzustimmen. *(Applaus)*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Wer möchte? Bitte, Frau Gemeinderätin.

Gemeinderätin Robosch:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte grundsätzlich nur mich kurz halten und meine Sympathie für diesen Antrag ausdrücken, vor allem auch, weil ich in der TU schon gesehen habe, wie die Projekte von z.B. FIT-Frauen in die Technik oder Kinder in die Technik, in dem Fall Mädchen in die Technik, florieren und was für einen positiven Ausblick sie für ganz viele junge Menschen in Graz haben sollen und deswegen finde ich auch, dass das unser Sommerprogramm einfach auch abdecken sollte, was wir in der Zukunft für unsere Frauen und unsere Männer auch in Zukunft, brauchen werden. Und deswegen finde ich einfach, dass diesem Antrag in der Dringlichkeit und vor allem auch im Inhalt zuzustimmen ist. *(Applaus)*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Danke, Frau Gemeinderätin. Gemeinderat Harry Pogner, bitte.

Gemeinderat Pogner:

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, was soll man sagen, Niko Swatek? Du schmückst dich ein wenig mit fremden Federn, würde ich einmal so meinen. Du hast gut beschrieben, aber das Schummeln ist in der Schulzeit, und die ist bei dir noch nicht allzu lange her, schon nie gut angekommen, könnte ich mir vorstellen. Daher, du hast gut geschummelt, du hast beschrieben, und zwar hast du beschrieben vom Konzept, das unser Jugend- und Sportstadtrat Kurt Hohensinner schon vorliegen hat, das er schon ausarbeitet, es wird eine Sommerakademie geben, es gibt alles Mögliche schon in diesem Zusammenhang.

Und das Einzige...

Zwischenruf GR Klubobmann Dreisiebner: Vielleicht hat er nur schlecht zitiert?

Gemeinderat Pogner:

...und das Einzige, ja, könnte auch sein, nicht? Und das Einzige, was uns wirklich noch zu beschäftigen hat, ist, wie bist du eigentlich an die Unterlagen schon herangekommen und hast dir da etwas herausgeholt? Du hast selbst in deinem Antrag drinnen einen Link und wenn man dort nachschaut, das CoMaed ist ein gutes Beispiel dafür, wie es auch schon auf der Uni funktioniert, das ist allerdings, das CoMaed ist nur für die Mädchen, aber wir haben auf der Uni, und zwar auf der KinderUni über die Schmiedl-Stiftung, falls dir die etwas sagt, der Schmiedl, das ist ein berühmter Raketenforscher, den wir in Graz hatten, der hat eine Stiftung gemacht und hat das Geld dann an die Uni zur Verfügung gestellt und die fördern damit schon diese Programme. Wenn man nachschaut auf der KinderUni, dann kann man nachlesen, dass genau dieses, was du da forderst für die Kinder und Jugendlichen, nämlich, das Computer- und IT-Programm, das gibt es schon. Und wie gesagt, es kommt jetzt und das ist in Ausarbeitung und wird demnächst präsentiert, von unserem Stadtrat Kurt Hohensinner ein tolles Programm auf den Markt und ja, daher für uns absolut nicht dringlich. Du bist nur beim Schummeln entdeckt worden. Danke. *(Applaus)*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Gibt es...? Bitte, Frau Gemeinderätin.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Hi, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir finden diesen Antrag grundsätzlich sehr positiv.

unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Wutte, MA:

Die Erwartung, die du in deinem Antrag äuserst, nämlich dass Graz demnächst in einem Atemzug mit dem Silicon Valley genannt wird, die kann ich jetzt nicht ganz teilen. Aber grundsätzlich auf jeden Fall ein sinnvolles Anliegen. Ich möchte noch anmerken, auch andere von dir genannte Argumente teile ich nur bedingt. Ich sehe die Sommermonate nicht als die Zeit, in der Kinder für zukünftige Jobs im digitalen Sektor fit gemacht werden sollen, oder in erster Linie als Zeit, wo sich Kinder und Jugendliche auch vom stressigen Schulalltag erholen können und auch einfach Kinder sein dürfen.

Dennoch, ich bin mit dir einer Meinung, dass das durchaus ein attraktives Angebot sein kann, dass auch nicht alle Kinder und Jugendliche Sportkurse machen wollen, sondern auch andere Interessen teilweise haben. Ich glaube, die Eltern werden das auch begrüßen, weil ja auch die Betreuung in den Sommermonaten immer ein großes Thema ist bei berufstätigen Eltern. Und zusätzlich möchte ich anregen, eben auch wegen dem guten Beispiel der TU, dass ich es sehr wichtig finde, eben besonders Mädchen zur Teilnahme an diesen technischen Kursen zu ermutigen und dass man bei der Konzeption und Bewerbung dieser Kurse eben auch darauf achtet, dass Mädchen insbesondere angesprochen werden. Danke für die Initiative, wir werden zustimmen. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Vielen Dank für die Wortmeldung. Ich darf den Vorsitz wieder übernehmen, darf den Antragsteller zum Schlusswort bitten.

Vorsitzwechsel - Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Swatek, BSc:

Ja, ich freue mich sehr über das positive Feedback. Möchte nur noch kurz Stellung beziehen zum Thema abschreiben. Finde ich sehr interessant, vor allem, weil ich dem Kurt vor zwei Tagen nach einem Ausschuss die Idee präsentiert habe und er davon begeistert war und gesagt hat, ja, passt, wenn wir jetzt noch etwas machen können, dann können wir es vielleicht auch umsetzen. Und genau deswegen habe ich den Antrag auch gestellt, weil er eben meiner Meinung nach dringlich ist, weil wenn wir jetzt den Antrag beschließen und der Kurt auch ins Machen kommt und das dann präsentiert und dann auch wieder meine Ideen sowie meine Wordings, wie zum Beispiel der Bildungshauptstadt kopiert, aber ich bin ja glücklich darüber, dass das anscheinend gut ankommt bei der ÖVP, dann könnten wir jetzt noch einen Sommerkurs haben.

unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Swatek, BSc:

Und deswegen bitte ich um die Unterstützung. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Gemeinderat, die Bildungshauptstadt wurde schon vor Jahren ausgerufen.

Aber das macht jetzt nichts.

unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Der Herr Stadtrat Kurt Hohensinner versichert noch einmal, dass er das auch noch einmal genau prüfen wird, und sich auch einsetzen wird, dass auch möglichst zeitnah alles umgesetzt werden kann. Gut, jetzt dürfen wir zur Dringlichkeit kommen, wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Darf ich noch einmal bitten? Ja, Gegenprobe. Dann ist der dringliche Antrag angenommen, die Dringlichkeit angenommen, pardon, die Dringlichkeit angenommen.

Die Dringlichkeit des Antrages ist gegen die ÖVP angenommen.

Wünscht jemand zum Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Dann ist der Antrag angenommen.

Der Antrag ist gegen die ÖVP angenommen.

Jetzt kommen wir zur nicht öffentlichen Tagesordnung. Ich darf mich bei allen, die an der nicht öffentlichen nicht teilnehmen dürfen, für ihre Teilnahme bisher bedanken. Wünsche einen schönen Abend und darf bitten, die Galerie zu räumen. Danke auch an unsere MitarbeiterInnen für die Aufsicht auf der Galerie.